



Nr. 17 // Juli 2008

Zeitung der Hochschulgruppe::

Basisdemokratisches Bündnis

Fragend schreiten wir voran...

Freiraum im Erdgeschoss des 'Blauen Turms' eröffnet!



Ende Juni hat die Schlüsselübergabe stattgefunden. Ab sofort steht also der Freiraum allen Interessierten zur Verfügung. Dabei dient er nicht nur als Café. Es ist ein Ort, an dem sich Menschen vernetzen und organisieren können. Es ist ein Ort, an dem eine linke Öffentlichkeit in die Universität getragen wird. Also: Schaut vorbei und genießt den fair gehandelten Kaffee, ohne dabei zu vergessen, dass es damit allein nicht getan ist! (S.16)



"Blut und 'Bierehre'" (S. 11)



Editorial

Liebe Leser_innen,

In den Händen haltet ihr die 17. Ausgabe der BB-Zeitung, die sich in einem neuen Layout präsentiert, das hoffentlich auf Euren Geschmack stößt. Das Semester neigt sich nun schon wieder dem Ende. Die Eröffnung des neuen Freiraums, der durch eine Besetzung im Januar erkämpft worden war, war zwar schon früher angekündigt, ist aber doch noch dieses Semester zustande gekommen.

An den Hochschulen laufen die Umstrukturierungen weiter. Die Veränderungen des Studiums durch den Bachelor-Studiengang kommentieren wir auch. Außerdem haben wir einen Blick auf die Auswirkungen veränderter Finanzierungsmodelle geworfen.

Während der Göttinger Sportprofessor Arnd Krüger unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit antisemitische Wahnvorstellungen über die Umstände des Mordes an israelischen Sportlern bei den olympischen Spielen 1972 verbreitet, hielt der ADF/RCDS-AStA fragwürdige Gedenklesungen zu antisemitisch motivierten Bücherverbrennungen ab. Fragwürdig scheint die zunächst sehr richtig formulierte Intention deshalb, weil durch den RCDS auch Studentenverbindungen an der Veranstaltung beteiligt sind, die in einer antisemitischen Tradition und solcher der Bücherverbrennung stehen, auf die sie sich auch heute noch positiv beziehen oder sie leugnen.

Indessen fanden sich in Göttingens Innenstadt Verbindungsstudenten in „Vollwuchs“ zu bündischen Festivitäten samt Fahnenumzug ein, während die Polizei keine Mühen scheute, eine kritische Gegendemonstration zu behindern und auf Pferdchen galoppierend Teilnehmer_innen zu jagen und in Gewahrsam zu nehmen. Außerdem haben wir für euch den dritten Teil aus unserer Reihe zu Studentenverbindungen, der sich diesmal mit dem Männlichkeitsbild der Verbinder beschäftigt.

International blicken wir auf Studierendenproteste in England, sowie den Kampf um Autonomie der Zapatistas in Mexiko.

Viel Spaß beim Lesen und angenehme Semesterferien,

euer Basisdemokratisches Bündnis



Gartenzwerging
Bachelor macht alles gleich (S.3)



Hochschulfinanzierung und Elite-
bildung (S. 4)



Definitiv Falsch und ganz schön
antisemitisch (S. 6)



Ya Basta - Es Reicht (S. 7)



"Sussex not 4 Sale"
Kommentar zur Kampagne (S. 9)



Gedenkfeier in der KA/EE (S.14)



Gartenzwerging - Bachelor macht alles gleich

Der Bachelor kann als eine Art „Taylorisierung des Studiums“ beschrieben werden. Der Begriff Taylorisierung geht zurück auf den US-amerikanischen Ingenieur Frederick Winslow Taylor (1856-1915). Taylor hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeitsprozesse innerhalb von Unternehmen durch detaillierte wissenschaftliche Planung derart zu „optimieren“, dass sie möglichst schnell und reibungslos durchgeführt werden können. Für jeden Arbeitsschritt gäbe es „one best way“, einen besten Weg, um die Aufgabe zu bewältigen. Dafür musste den ArbeiterInnen das letzte Quäntchen Autonomie, das ihnen im ausgehenden 19. Jhd noch geblieben war, mittels präziser Vorgaben ausgetrieben werden.

Dieses Prinzip wird nun auf das Studium übertragen. Es soll effizient und rentabel gestaltet werden, weshalb detaillierte Vorschriften erarbeitet werden, wie das Studium sinnvoll und schnell zu bewerkstelligen ist. Bachelor-Studienordnungen gehen davon aus, dass es „one best way“ gäbe, um sich einem wissenschaftlichen Gegenstand zu nähern. Selbst Prüfungsleistungen müssen in den Prüfungsordnungen festgeschrieben werden, jegliche Autonomie wird den Lehrenden ebenso wie den Studierenden ausgetrieben.

Ähnlich der Zergliederung von Arbeitsprozessen wird auch das Studium in kleine Teile zerlegt, die alle für sich bewertet werden. Eine Standardisierung soll dabei für eine entsprechende Vergleichbarkeit sorgen. Das gleichzeitig mit der Schaffung von Elite- und Exzellenzuniversitäten gerade Unterschiede innerhalb der universitären Landschaft installiert werden sollen, fällt dabei schon gar nicht mehr auf.

Die Folge ist eine fast vollständige Entmündigung der Studierenden. In fabrikmäßig betriebenen Studiengängen werden im Rahmen einer kaum vorstellbaren Gleichmacherei nahezu identische Bildungsprodukte hergestellt. Die vielbeschworene „Individualität“, die uns als moderne Menschen angeblich auszeichnen soll, suchen wir an der Universität vergebens. Alle lernen den selben Stoff, alle schreiben die selbe Klausur, alle sehen, während sie Modul für Modul fleißig abarbeiten, die immer selben Gesichter.

Die heute praktizierte Form von Bildung ließe sich als Vergartenzwerging bezeichnen: auch wenn alle genau gleich groß sind, stehen wir doch nur im Garten rum und fühlen uns klein im Schatten des riesigen Hauses, zu dessen Zierde und Wohlgefallen wir produziert worden waren. Andere sprechen bereits von einem Waschmaschinenstudium und fühlen sich wie in dem schlechten Scherz, in dem sie irgendwo unterschrieben haben und nun ständig irgendetwas geliefert bekommen, das sie garantiert nicht bestellt haben: Studienordnungen, Seminarliteratur, Kriterien zur Scheinvergabe und dergleichen mehr - obwohl sie schwören könnten, nichts dergleichen in Auftrag gegeben zu haben.

Die Entscheidungen über das, was in unserem Studium wichtig ist, treffen nicht wir. Sie wird vielmehr für uns getroffen. Von Bildungsministern, Unipräsidenten und den Vertretern der Wirtschaft, die im Stiftungsrat sitzen und anhand der Zukunftserwartungen ihrer Unternehmen darüber entscheiden, welche Fachrichtungen gepusht und welche eingestampft werden.

Es ist nicht unsere Bildung und es ist nicht mal so richtig unser Studium. Nicht wir bilden uns, wir werden gebildet. Nach einem Muster, dem wir vielleicht gar nicht entsprechen wollten, und an das wir nun unaufhaltsam angeglichen werden. Mit Freiheit und Selbstbestimmung hat das nicht viel zu tun. Sicherlich sind wir frei in der Wahl, unser Studium hinzuschmeißen - aber ein bisschen zynisch ist das schon. Und auch mit Demokratie in einem emphatischen Sinne hat diese Veranstaltung nicht viel zu tun. Schließlich geht es doch bei Demokratie darum, dass Menschen über sich und ihre Umstände selbst bestimmen. Damit ist das, was uns hier zugemutet wird, damit wohl kaum vereinbar. Alles das ließe sich jedoch ändern. Nicht alleine, aber gemeinsam.

info@bb-goettingen.de

Roter Buchladen
Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen

Mail: info@roter-buchladen.de

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag:
10.00 Uhr bis 18.30 Uhr
Samstag:
10.00 Uhr bis 15.00 Uhr

BUCH LADEN
Nikolaikirchhof 7
ROTTER

Der Buchladen Rote Straße wurde 1972 gegründet und hatte seinen Sitz viele Jahre wirklich in der Roten Straße. Seit 1996 sind wir im Nikolaikirchhof zu finden, aber wir sind auch weiterhin ‚der Rote Buchladen‘:

Ein linkes Projekt, unabhängig und von einem engagierten Kollektiv betrieben. Auch in unserem Sortiment unterscheiden wir uns von anderen Buchhandlungen: Klein, aber fein. Wir setzen auf ein gut sortiertes und ausgewähltes Programm:

Linke Theorie und deren Diskussion, Globalisierung und Antiglobalisierungsbewegung, soziale Bewegungen, Nationalsozialismus und dessen Rezeption, marxistische Theorie, Kritische Theorie, Antirassismus und Migration, Anarchismus, um nur einiges zu nennen. Natürlich fehlt Belletristik aus unterschiedlichen Ländern ebenso wenig wie Krimis und eine große Auswahl an kritischen Zeitungen und Zeitschriften, die Ihr bei uns kaufen, aber auch bei einem Kaffee oder Tee lesen könnt. Außerdem sind die Bücher und CDs der Büchergilde Gutenberg bei uns vorrätig. Bei uns sind Flugblätter, Plakate und Informationsmaterial zu Veranstaltungen und Aktionen zu finden. Wir machen auf Anfrage Büchertische oder stellen welche für Euch zusammen. Und wir veranstalten Lesungen und stellen unsere Räume auch Anderen für Veranstaltungen zur Verfügung.

Ihr seht, es gibt einiges bei uns, was das Herz und den Kopf von LeserInnen begeistern kann. Natürlich können wir auch jedes lieferbare Buch, oft bis zum nächsten Tag, besorgen. Schaut einfach mal vorbei und lasst Euch überraschen ...



Hochschulfinanzierung und Elitebildung

Elite, Exzellenz und Effektivität, das sind vor allem aktuelle Bezeichnungen, wenn es um Bildungsförderung und Hochschulfinanzierung geht. Sogenannte Leuchttürme werden in den Kampf um internationale akademische Aufmerksamkeit geschickt. Sie sollen als leistungsstarke Universitäten den Forschungsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb an die Spitze befördern und erfolgreich machen.

Im März diesen Jahres überreichte der Mitbegründer von SAP Hans Werner Hector, einer der reichsten Personen Deutschlands, der Technischen- und Eliteuniversität Karlsruhe eine Spende von 200 Mio. Euro. Das ist der bisher höchste gespendete Einzelbetrag für eine staatliche Universität. Auf den ersten Blick sieht diese Tat großzügig und altruistisch aus. Eine private Person, die durch ihr Vermögen natürlich auch die Möglichkeiten besitzt, spendet eine große Menge Geld als scheinbaren Lohn für außerordentliche Leistungen. Doch die Fragen die gestellt werden müssen sind:

Was sind die Hintergründe dieser Spende, was hat sie für eine Bedeutung für die Universität und für die Hochschullandschaft und welche Resultate ergeben sich aus ihr?

Denn es ist fraglich inwiefern sich Privatspenden positiv auf Universitäten auswirken. In einer momentanen Situation, die von internationalem Anpassungsdruck, Bildungsabbau, Eliteförderung sowie sozialer Selektion geprägt ist.

Allgemeine Hochschulsituation

Ab Ende der 80er Jahre hat es eine grundlegende Veränderung und Umstrukturierung im Bildungssystem gegeben. Von der damaligen Strategie einer flächendeckenden Ressourcenverteilung und einer breiten Bereitstellung wissenschaftlicher Standards ist man zu einer Strategie der selektiven Förderung übergegangen mit der Absicht, mit wenig Geld die Studieneffizienz und wissenschaftliche Qualität zu vergrößern, die Studiendauer zu verkürzen und besser praktisch-verwertbares Wissen zu erzielen. Während zu jener Zeit die Leitidee der „Bildung als Bürgerrecht“ den akademischen Diskurs prägte, wird heute von Bildung als Humankapital gesprochen: Bildung als Ausbildung von Fertigkeiten, die sich in ökonomischen Erfolg umsetzen lassen. Bildung als zentrale Investition in die Zukunft, gekoppelt mit technischer, ökonomischer und kultureller Leistungsfähigkeit.

Mit dieser Betonung der Bedeutung von Wissen und Forschung steht im Gegensatz dazu der Bildungsabbau der letzten 20 Jahre. Seit Mitte der 80er gabe es eine kontinuierliche Vernachlässigung und Reduzierung staatlicher Förderungen für Hochschulen. Die vielen universitären Neugründungen der 60/70er blieben im Ausbau stecken. Doch während die finanzielle Unterstützung abnahm, nahm die Studierendenzahl zu. Dies führte zu einer realen Verschlechterung der Lehrausgaben pro Student um 15% im Zeitraum von 1980 bis zum Jahre 2001.¹ Das Problem der Massenbildung wurde zur Wurzel von Bildung als Humankapital und als Reformpunkt für schärfere Selektionsmechanismen. Auch die letzten und kommenden Jahre werden von Einsparmaßnahmen, Kürzungen und Stellenabbau geprägt sein (Bsp. Berlin: zwischen 2006-2009 werden 75 Mio. Euro gespart).²

Leistung, Hochschulfinanzierung und Drittmittel

Die Unterfinanzierung der Hochschulen bedeutete für die Universitäten, dass sie sich nach anderen Ressourcenquellen umsehen mussten, was zu folgender Umverteilung führte: Während die Grundmittel reduziert wurden, kam es gleichzeitig zu einer

Aufwertung der Drittmittel als Quasiersatz zu den fehlenden Geldern. Drittmittel werden zu 33% von der DFG (Deutschen Forschungsgemeinschaft) vergeben.³ Dazu kommt der Bund, die Industrie und eben private SpenderInnen. Der Einfluss an Drittmitteln und Privatspenden hat erheblich zugenommen.

Allgemein werden Hochschulen zu 80% von Ländern finanziert, 20% sind Drittmittel.⁴ In beiden Fällen erfolgt die Finanzierung durch leistungsorientierte Mechanismen.

Gemäß der Logik des verwertbaren Wissens wird die Grundmittelverteilung der Länder als Steuerungsinstrument benutzt. Nicht ein festgelegter Betrag wird jeder Hochschulen verteilt, sondern die Finanzierung wird nach Leistungsindikatoren durchgeführt. Diese werden an verschiedene Voraussetzungen und Bedingungen geknüpft, die die Hochschulen erfüllen müssen, um an Ressourcen zu kommen. Wie diese Indikatoren aussehen ist je nach Bundesland unterschiedlich, aber allgemein lassen sich zwei Faktoren benennen:

- 1) die Höhe von Studierendenzahlen/Absolvent_innenzahlen
- 2) die Höhe von Drittmitteln, Promotionen

Das Ziel dabei ist, dass in einem gedachten Wettbewerb die Hochschulen gegeneinander konkurrieren und sich interessant machen und behaupten müssen. Das Problem ist, dass vor allem Quantitätsmerkmale und nicht Qualitätsmerkmale betont werden und dabei vor allem Großstandorte im Vorteil sind. Außerdem fehlt der „echte“ Leistungsfaktor der Publikation.

Ähnlich läuft es bei der Vergabe der Drittmittel durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG ab. Sie ist zu einem entscheidenden Finanzierungsfaktor geworden. Ihr Leitgedanke ist die „leistungsgerechte Verteilung von Forschungsmitteln nach Kompetenz in einem offenen Wettbewerb“. Das heißt die DFG verteilt Fördergelder nach einem selbstaufgestellten Förder-Ranking, das die Leistungsfähigkeit der Hochschule bewertet. Auch hier sind die Bewertungskriterien ebenfalls vor allem quantitative und nicht qualitative. Vor allem zählt der Input an allgemeinen Drittmittelannahmen, während der Output in Gestalt von Publikationen nicht berücksichtigt wird.⁵ Zwar werden die Drittmittelannahmen in Bezug pro ProfessorInnen gestellt, aber relative Werte, wie die Anzahl von Publikationen an ProfessorInnen pro wissenschaftlicher MitarbeiterInnen, die ein differenzierteres Bild von Produktivität vor allem des Outputs abgeben würden, werden nicht benutzt. Dadurch werden Großstandorte wie München, Karlsruhe oder Heidelberg automatisch in einere bessere Lage gehoben, die ein großes Maß an Drittmittel bekommen.

Neben der Vergabe von Drittmitteln bestimmt die DFG zudem, zusammen mit dem Wissenschaftsrat, die Bewilligung der Exzellenzgelder. Jedoch ist sie in ihrer Mitgliederanzahl nicht homogen, sondern 2/3 der Mitglieder entsprechen 1/3 der Standorte.⁶ Mit dieser Ungleichverteilung geht eine ungleiche Förderung von Hochschulen einher. Vor allem die im DFG repräsentierten Großstandorte werden bevorzugt, ohne dass beleuchtet wird inwiefern diese Förderungen wirklich leistungsfördernd sind und ob schließlich Großstandorte, bezüglich relativer Zahlen an



Publikationen von ProfessorInnen pro MitarbeiterInnen, produktiver arbeiten als kleinere Universitäten.

Eine weitere Ungleichverteilung entsteht, indem naturwissenschaftliche sowie technische Fächer vor Geistes- und Sozialwissenschaftlichen bevorzugt werden. So gehen 94,5% der ausgemachten Exzellenzgelder von 2007-2011 an Natur- und Ingenieurwissenschaften, der Rest an Geistes und Sozialwissenschaften, die nicht der Logik der Kapitalakkumulation entsprechen.⁷

Das Resultat ist, dass sich die 102 deutschen Hochschulen in eigener Konkurrenz und in Konkurrenz zu den zahlreichen außeruniversitären Forschungsinstituten des Max-Planck-Institutes sowie des Fraunhofer-Institutes in einem Wettbewerb und Kampf um Drittmittel, Forschungsgelder und Exzellenzförderungen selbst zermürben. Die Starken werfen die Schwachen aus dem Ring und das Hochschulsystem wird von einer Gemeinschaft abhängig gemacht, die meint in ihrer Mittelverteilung die Qualität der Wissenschaft zu verbessern. Es wird ein Wettbewerb postuliert, wo es keinen Wettbewerb gibt. Denn von Chancengleichheit kann keine Rede sein.

Die Spende für die Universität Karlsruhe

Wie sieht es nun an der Universität Karlsruhe aus und was hat eine 200 Mio. Euro Spende mit diesem Hintergrund für eine Bedeutung?

Karlsruhe ist Eliteuniversität und bekommt alleine dadurch eine große Menge an Geld. Die Privatspende soll nun die Universität Karlsruhe im internationalen, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technologischen Wettbewerb weiter nach oben bringen. Konkret wird das Geld für die Anwerbung von Spitzenforscher_innen, besseren Arbeitsbedingungen und für Prämierungen von Forschungsprojekten verwendet. Das hört sich soweit gut an, erinnert aber mehr an das Management eines Fußballclubs. Mit Millionenbeträgen wird versucht Spitzenforscher an die Universitäten zu locken. Doch wer ist dieses Gehalt wert? Zweitens lässt sich fragen, warum ausgerechnet einer der am besten finanziertesten Universitäten diese Spende bekommen hat und noch mehr Geld in einen Standort gepumpt wird, wo eh schon genug vorhanden ist. Denn es wird dabei sichtlich verkannt, dass nicht Großstandorte Träger von Wissen sind, sondern individuelle Forscher_innen. Drittens bleibt zu fragen wer über Erfolgswahrscheinlichkeiten von Forschungsprojekten entscheidet bzw. wer beleuchtet, ob diese Spende überhaupt sinnvoll eingesetzt ist oder nicht.

Was das wirkliche Ziel ist, entspricht der oben genannten Leitidee von Bildung als Humankapital und dem Versuch des Aufbaus eines Elitenetzwerkes bestehend aus DFG, Wissenschaftsrates und einzelner Standorte. Dort kommt es zur Akkumulation von Geld und Macht, die in weitere Reputation und Selbstdarstellung investiert werden. Einzelne Eliteuniversitäten werden durch übermäßige Finanzierung sichtbar gemacht und gelangen zu einer Monopolstellung mit Definitionsmacht. Kleinere Standorte und andere Forscher an nicht Eliteuniversitäten, sind benachteiligt und werden an den Rand gedrängt oder als nicht konkurrenzfähig abgestempelt.

Dabei sind die „Forschungsfabriken“ nicht produktiver als andere Universitäten, schon gar nicht in Relation der finanziellen Unterstützung, und WissenschaftlerInnen an kleineren Universitäten nicht dümmer.

Fazit:

Wissenschaft und Forschung bewegen sich in einem internationalen Wettbewerb in dem sich transnationale Netzwerke bilden, die letztendlich das akademische Leben bestimmen. Das größte Netzwerk ist die französische Wissenschaftsorganisation „Centre National de la Recherche Scientifique“ mit 11600 ForscherInnen⁸, eine hierarchisch strukturierte Führungselite. Diesem internationalen Anpassungsdruck unterliegen ebenso die deutschen Universitäten im Wettbewerb um technologische Spitzenstellungen. Ökonomische Prinzipien und die Logik des Marktes wurden auf akademischer Ebene übertragen mit ausreichender Unterstützung aus der Politik. Die Universität Karlsruhe hat sich das Label KIT (Karlsruher Institute of Technology) angeeignet und es wird eine wirtschaftliche Rhetorik in der Bildungspolitik benutzt, die so komplex wird, dass die Realität nicht mehr zu erkennen bleibt. Wer versteht es, wenn von Exzellenzclustern, Leuchttürmen, Evaluierung und Zielvereinbarungen geredet wird?

Diese Entwicklungen entsprechen dem bleibenden Trend der Vergrößerung von Reichtum an den Spitzen, bei größerer Armut an den Enden der Gesellschaft. Während Elite gebildet wird, fehlt das Geld an anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen. Grund- und Hauptschulen befinden sich laut OECD in einem erbärmlichen Zustand. Wie lange wird es dauern, bis alle Universitäten zu Stiftungshochschulen werden, was schon bei der Jacobs -(Krönung Cafe)-Universität Bremen der Fall geworden ist? Großzügige Spenden von SAP und sonstigen Wirtschaftsgrößen implizieren Gegenleistungen wie die Mitsprache bei der Rekrutierung von ForscherInnen und StudentInnen sowie der Profilbildung der Universität. Was bedeutet noch unabhängige Forschung und Austausch von Wissen basierend auf Kollegialität?

Am Ende fragt sich was bleibt. Zweckfreie Erkenntnis, Kreativität und Vielfalt machen Platz für überaus praxisorientierte Studiengänge, Differenzierung und Exzellenz. Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen übernehmen Dienerrollen als SachbearbeiterInnen und BeraterInnen im Management, Marketing- und Public Relationbereich. Das Potential vieler junger Menschen an kleinen Standorten bleibt unbeachtet. Es bleiben eher EliteforscherInnen und Fachmenschen für eine passende Leistungsgesellschaft.

Doch wo bleibt der Geist?

AI.DS@web.de

- 1) <http://www.hrk.de/de/brennpunkte/112.ph>
- 2) <http://www.hrk.de/de/brennpunkte/112.php>
- 3) Richard Münch, „Die akademische Elite“, S. 74, Tab2-1
- 4) http://www.bpb.de/publikationen/GXMSJ0,2,0,Paradigmenwechsel_in_der_Hochschulfinanzierung.html#art2
- 5) DFG-Förderranking 2006 S.13 f.
- 6) Richard Münch, „Die akademische Elite“, S. 84
- 7) Richard Münch, „Die akademische Elite“, S. 238
- 8) Richard Münch, „Die akademische Elite“, S. 61, Tab1-3
- 9) Wikipedia/Centre National de la Recherche Scientifique



Definitiv falsch und ganz schön antisemitisch

Der Göttinger Sportwissenschaftler Arnd Krüger übt sich in antisemitischen Verschwörungstheorien

Bei den olympischen Spielen 1972 in München drangen Mitglieder der palästinensischen Terrorgruppe „Schwarzer September“ in das Quartier der israelischen Olympiamannschaft ein und nahmen elf israelische Sportler als Geiseln. Zwei israelische Sportler wurden dabei verwundet und erlagen kurz darauf ihren Verletzungen. Die Terroristen forderten sowohl die Freilassung von 232 Palästinensern, die in israelischen Gefängnissen inhaftiert waren, als auch die Freilassung der beiden RAF-Mitglieder Ulrike Meinhof und Andreas Baader. Während eines dilettantischen Befreiungsversuchs der deutschen Behörden wurden alle anderen Geiseln ermordet, fünf Terroristen und ein deutscher Polizist kamen ums Leben.

Der Göttinger Sportwissenschaftler Arnd Krüger, geschäftsführender Direktor des Göttinger Instituts für Sportwissenschaften, hat sich so seine eigenen Gedanken über das Attentat gemacht. Sowohl auf der Jahrestagung der Sektion Sportgeschichte der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaften (DVS), die vom 19. bis 21. Juni in Göttingen stattfand, als auch in der Zeitschrift Seitenwechsel des Göttinger Hochschulsports für das SoSe 2008 stellte er seine verdrehte Sicht der Ereignisse dar. Die israelischen Sportler, so die Darstellung Krügers, hätten ein palästinensisches Attentat erwartet und seien wissentlich und freiwillig in den Tod gegangen, „für eine größere jüdische Sache“. Die „Opferung“ der Sportler sei eine politische Entscheidung des Staates Israel gewesen.

Die „Beweise“, die Krüger dafür anführt, sind hanebüchen. Im Seitenwechsel schreibt er: „Als die Attentäter in das olympische Dorf eindringen, flüchtete einer der Geher als letzter aus dem israelischen Quartier über den Balkon. Er hatte zentimeterdicke Brillengläser, d.h. er war praktisch blind ohne Brille.“ Wenn dieser habe fliehen können, so folgert Krüger, dann wäre das auch den anderen israelischen Sportlern möglich gewesen. Sie hätten es aber nicht gewollt. Ähnliche Argumentationen kennt man von anderen Verschwörungstheoretikern innen, die etwa den israelischen Geheimdienst Mossad für die Anschläge auf das World Trade Center verantwortlich machen und als „Beweise“ dann anführen, alle im WTC arbeitenden Jüdinnen und Juden seien vom Mossad rechtzeitig gewarnt worden, was man an den niedrigen jüdischen Opferzahlen erkennen könne. Schlussendlich steckt hinter allem die „jüdische Weltverschwörung“.

Die vermeintliche Opferung der Sportler durch den Staat Israel brachte Krüger auf der Tagung der DVS darüber hinaus in einen Zusammenhang zur von ihm konstatierten Geringachtung ungeborenen Lebens und behinderter Menschen in Israel. Er zeichnete damit das Bild einer gnadenlosen israelischen Gesellschaft, die buchstäblich über Leichen gehe. Hier offenbart sich ein paranoides antisemitisches Weltbild.

Norbert Gißel, Sporthistoriker an der Universität Gießen, konstatierte im Deutschlandfunk zu Recht, dass Krüger mit seinen Äußerungen die Opfer der palästinensischen Terroraktion verhöhnt habe. Die vermeintlichen Forschungsergebnisse Krügers haben nichts mit Wissenschaft zu tun, sondern sind das Ergebnis antisemitischer Verschwörungstheorie.

Der Göttinger Seitenwechsel aber muss sich vorwerfen lassen, dass er diesen Theorien eine Plattform gegeben hat. Ob sich die Universität weiterhin einen solchen Sporthistoriker leisten will, wird sich zeigen. Bisher zeitigten solche und ähnliche Äußerungen meistens keine Konsequenzen. Auch der Unipräsident Kurt von Figura sprach einmal vor einer Vollversammlung sozialhygienisch vom „Ausmerzen von Schwachstellen“ der Universität (gemeint war die geplante Schließung der Politikwissenschaften) und ist immer noch in Amt und Würden. Arnd Krüger befindet sich also in bester Gesellschaft.

christopher@bb-goettingen.de

Quellen:

- Seitenwechsel. Hochschulmagazin der Universität Göttingen; SoSe 2008
- Bericht im deutschlandfunk vom 22. Juni 2008:
- http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2008/06/22/df_20080622_1945_1e4f9d55.mp3



Gedenktafel in München für die ermordeten israelischen Sportler



“Der Kampf ist wie ein Kreis. Er kann an jedem Punkt begonnen werden, aber er endet niemals.” (Subkommandante Marcos)¹

Ya Basta – es reicht!

Mit diesen Worten erhob sich am 1. Januar 1994 die Zapatistische Armee der nationalen Befreiung (EZLN) und begann den bewaffneten Kampf gegen die mexikanische Regierung. Sie kam somit ans Licht der Weltöffentlichkeit. Auch noch im 14. Jahr ihres Aufstandes gelten die Zapatistas weltweit als soziale Bewegung, die den emanzipatorischen Widerstand beispielhaft vorlebt.



Foto vom internationalen Frauentreffen in Chiapas

Der Schauplatz ist der süd-mexikanische Bundesstaat Chiapas, der einer der ärmsten Mexikos ist und zu ¼ von Indígenas bewohnt ist. Nachdem die Zapatistas jahrelang unbewaffnet auf ihre Situation aufmerksam machen wollten und nicht beachtet wurden, reagierten sie auf das Freihandelsabkommen NAFTA, das am 1.1.1994 zwischen den USA, Kanada und Mexiko in Kraft trat, mit dem bewaffneten Aufstand. Während der ersten zwei Wochen im Kampf um “Freiheit und Land” besetzten die Zapatistas Land von Großgrundbesitzern und verteilten dieses an landlose Familien. Die darauffolgenden sechswöchigen Verhandlungen zwischen der Regierung und der EZLN wurden von den Zapatistas aufgrund inakzeptabler Angebote abgebrochen. Auch darauffolgende Gespräche scheiterten. 1996 wurde mit der Regierung das Abkommen von St. Andres über indigene Selbstverwaltung in der Region geschlossen, das jedoch bis heute nicht respektiert wird.

Die Zapatistas handeln und kämpfen im Sinne der indigenen Gemeinden und fordern den Autonomiestatus für ihr Land, das Recht auf Nahrung und Bildung und die Anerkennung ihrer indigenen Identität. Sie verurteilen die Ausbeutung und Marginalisierung der ländlichen Bevölkerung durch Großgrundbesitzer und politische Funktionäre, ebenso wie den Rassismus, dem sie permanent ausgesetzt sind. In ihrem Handeln richten sie sich gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik und streben dabei nach einer radikalen Demokratisierung der gesamten Gesellschaft. Dabei geht es ihnen nicht um eine Machtübernahme, sondern die Erkämpfung selbstverwalteter Freiräume.

Aber die Zapas sind nicht nur “dagegen”. Sie wollen mit ihrer Organisationsform auch zeigen, wie sie sich eine radikale Demokratisierung wünschen: Ihr basisdemokratischer Anspruch bedeutet für sie, dass sie kollektives Eigentum haben, gemeinschaftlich abstimmen und handeln, solidarisch miteinander sind und auf diese Weise eine Umverteilung stattfindet. Außerdem stützen sie sich auf unbezahlte Kollektivarbeit.

Das Amt der Abgeordneten für bestimmte Lebensbereiche ist der gewählten Person in gewissem Sinne nur “geliehen” und wenn die Basis nicht mit der Ausführung der Aufgaben zufrieden ist, wird die betreffende Person abgesetzt. Des Weiteren hat jedes Mitglied theoretisch die Chance, gewählt zu werden.

Es gibt zudem eine sogenannte “Junta de buen gobierno” (Ratsversammlung der guten Regierung), die die Kommunikation

zwischen den einzelnen Gemeinden erleichtern soll, Konflikte schlichtet und auch als Anlaufpunkt für externe Organisationen fungiert. Vor 5 Jahren wurde die „gute Regierung“ sogar von der „schlechten“, heisst offiziellen, Regierung Mexikos als verfassungsmäßig anerkannt.

Die Zapas hingegen erkennen die „schlechte“ Regierung nicht an. Im Umfeld von Wahlen kommt es schonmal vor, dass Stimmzettel verbannt werden, Wahlurnen entwendet und Schilder mit der Aufschrift “Auf autonomen Territorium erlauben wir die Wahlen nicht” aufgestellt werden. Nichtsdestotrotz beziehen sich die Zapatistas -paradoxerweise- immer wieder sehr positiv auf das eigene „Vaterland“ und nicht selten ist die mexikanische Flagge bei Veranstaltungen und auf Wandmalereien in ihren Gemeinden zu sehen.

Genderpolitik der Zapatistas

In einem machistischen Land wie Mexiko, in dem Frauen noch immer wenig zu melden haben, will die EZLN auch in der Genderpolitik neue Leitlinien setzen. Schon 1993 wurden die “revolutionären Frauengesetze” erlassen. Frauen haben nun laut zapatistischem Recht den Anspruch auf Bildung, Gesundheit und Arbeit, sollen ihre Partner frei wählen können und ebenso, wieviele Kinder sie mit diesen möchten. Sie können leitende Positionen in der Organisation einnehmen und nach eigenem Ermessen am revolutionären Kampf teilnehmen. Dabei wird auch kein Unterschied hinsichtlich der sexuellen Orientierung gemacht.

Ende 2007 wurde zum “1. Treffen der zapatistischen Frauen mit den Frauen der Welt” aufgerufen, um über ihren Kampf gegen patriarchale Bevormundung im Widerstand zu berichten. Denn eine Selbstkritik der Zapatistas lautet, dass Frauen noch nicht gleichberechtigt in die “gute Regierung” und in die damit verbundenen Aufgaben integriert sind und teilweise auch noch der Respekt ihnen gegenüber fehlt. Die ca. 3000 Teilnehmer_innen aus aller Welt konnten drei Tage lang den Wortbeiträgen der Rednerinnen zuhören, die über ihre Situation in den Gemeinden und der Organisation berichteten. Immer wieder wurde betont, dass es um den gemeinsamen Kampf gegen das kapitalistische System geht. Währenddessen übernahmen die zapatistischen Männer Tätigkeiten, die als “weiblich” angesehen werden, wie z.B. Kochen, Putzen, Verkaufen und Bedienen, um den Frauen zu ermöglichen, sich ganz auf die Treffen konzentrieren zu können.

Mit dem Treffen wurde ein Zeichen für die Wichtigkeit der gleichberechtigten Beteiligung von Frauen² am “Kampf für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit” gesetzt.

Weltweite Rezeption der EZLN

Schon 1996 rief die EZLN zum ersten “Intergalaktischen Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft” auf, welches sich explizit an die “Zivilgesellschaft der Welt” richtete. Zwei Jahre später, Anfang 1998, plädierte der bekannteste Sprecher der EZLN, Subkommandante Marcos, anlässlich der Vorkommnisse um Acteal³ für die “Internationalisierung” der Bewegung.

Die Zapatistas sehen ihren Aufstand im weltweiten Kontext, suchen den Kontakt zu anderen Bewegungen und kämpfen gleichberechtigt mit ihnen gegen die kapitalistische Globalisierung mit dem Ziel einer solidarischen Gesellschaft. Mit der “Sechsten Deklaration aus dem Lakandonischen Urwald” von 2005 stellen sie sich und ihre Sicht auf die Welt vor, wie sie ihren Kampf führen und weiterführen wollen.



Mit ihrer einfachen Sprache, einem undogmatischen Vorgehen und der Suche nach einer neuen Art von Politik hat die EZLN weltweit viele Anhänger_innen gefunden. Sie wird als "sympathische Guerilla" angesehen, die es schafft, einen Zusammenhang zwischen sozialer und universeller Befreiung herzustellen. Dabei

sind sie selbst die Subjekte und müssen somit auch immer wieder ihre eigenen Traditionen und Verhältnisse kritisch reflektieren. Gleichzeitig versuchen sie, die konservativen Familienstrukturen der Indígenas mit modernen linken Ideen zu verbinden.

Viele Neugierige und Leute, die sich mit der EZLN solidarisch erklären, nutzen die Menschenrechtsbeobachtung in zapatistischen Gemeinden, um mit den Menschen in Kontakt zu kommen und sie vor der Willkür von Militär und Paramilitärs zu schützen. Diese können es sich nicht leisten, unter den Augen von ausländischen Beobachter_innen Menschenrechtsverletzungen zu begehen. Die Aufgabe der Aktivist_innen ist es daher, einfach anwesend zu sein und die alltäglichen Repressionen zu dokumentieren.

Diese Anwesenheit ist recht wichtig, da gegen die Indígenas ein andauernder Krieg "niederer Intensität" seitens der Regierung und Paramilitärs geführt wird, welcher ständige Einschüchterungen, Repressionen, Bedrohungen, Morde, Verfolgungen und Räumung von ganzen Orten umfasst.

Aktuelle Situation

Seit dem Amtsantritt von Felipe Calderon im Dezember 2006 hat die Gewalt gegenüber zapatistischen Gemeinden zugenommen. Exemplarisch hierfür ist die Situation in der Gemeinde Bolon Ajaw: Seit September 2007 kommt es dort vermehrt zu brutalen Übergriffen und Bedrohungen gegen Bewohner_innen seitens einer paramilitärischen Organisation und der Polizei. Dazu gehören das Abfeuern von Schüssen in der Nähe des Dorfes, schriftliche und verbale Drohungen bis hin zu körperlicher Gewalt, sowohl gegen Zapatistas als auch gegen Menschenrechtsbeobachter_innen.

Ziel des Ganzen ist es, die Zapas aus dem Gebiet zu vertreiben. Im Fall von Bolon Ajaw kommt hinzu, dass das Dorf in der Nähe der Wasserfälle von Agua Azul liegt, welche touristisch genutzt werden und die Bewohner_innen der geplanten Ausweitung dieses Tourismuszentrums im Wege stehen. Aufgrund der Aggressionen haben lokale und internationale Organisationen seit Ende letzten Jahres zu einem temporären Tourismus-Boycott der Wasserfälle aufgerufen, bis die Situation sich wieder beruhigt hat. Zur Zeit sieht es danach allerdings nicht aus.

Am 4. Juni marschierten ca. 200 Militärs unter dem Vorwand, nach Marihuanafeldern zu suchen, in die Zapagemeinde La Garrucha ein, versuchten die Anwesenden einzuschüchtern und kündigten an, 2 Wochen später zurückzukehren. In einem offenen Brief der EZLN an die Weltöffentlichkeit schrieb diese daraufhin, dass sie befürchten, dass es zu neuen Konfrontationen kommen wird. Hinzu kommt, dass Subkommandante Marcos schon Ende 2007 bekanntgab, dass sich die Zapatisten wegen der extremen Zunahme der Gewalt ihnen gegenüber aus der Öffentlichkeit vorerst zurückziehen, um sich auf die Verteidigung zu konzentrieren. Dabei beklagte er auch die

zurückgehende internationale Solidarität, die noch nie so gering gewesen sei wie in der aktuellen Situation...

Infos:

www.chiapas.ch
www.revistarebeldia.org
spanisch:
www.gruppe-basta.de
<http://www.ezln.org.mx>

Zapatistischen, fairgehandelten Biokaffee gibts im Kabale, tadaa!

written by leosa@no-log.org

- 1) Marcos gilt als Sprecher der EZLN und ist wohl ihr bekanntester Vertreter. Das "Sub" soll verdeutlichen, dass er die Entscheidungen aller Zapatistas nur an die Öffentlichkeit vermittelt und nicht der Kopf der EZLN ist.
- 2) Anmerkung: Geschlechtsidentitäten, die außerhalb des binären Geschlechtersystems stehen, werden - laut eigener Aussage - bisher nicht thematisiert bei den Zapas
- 3) In Acteal (Bundesstaat Chiapas) gab es im Dezember 1997 ein Massaker, bei dem 45 Menschen der pazifistischen, mit der EZLN-sympathisierenden Gruppe "Las Abejas" von Paramilitärs getötet wurden



Zugegeben - wir sind vielleicht nicht so zentral gelegen wie andere. Dafür bestechen wir mit einem wunderschönen Garten, leckerem Essen und Trinken, netten Leuten, entspannter Stimmung und kulturellen Highlights. Außerdem ist das Kabale ein Kollektiv, soll heißen, dass ca. 15 Menschen gemeinsam arbeiten und entscheiden. Wir schenken also nicht nur Kaffee aus, wir bieten auch Raum für verschiedenste Aktivitäten, seien es Partys, Diskussionsabende, Lesungen, Konzerte und Ausstellungen oder jeden Dienstag die Frauenkneipe. Wir verkaufen nicht nur irgendwas, wir achten darauf wo unsere Produkte herkommen. Unser Kaffee ist Fair Trade, viele Produkte sind aus biologischem Anbau und unsere Speisekarte bietet auch Veganer_innen Auswahl. Das Kabale ist eben nicht irgendein Café und das ist uns wichtig. Deswegen gibt es auch einiges, was in unserer Kneipe keinen Platz hat, wie zum Beispiel sexistische Anmachens, jede Form von Rassismus und Antisemitismus!

Dem Ismus Kapitalismus konnten wir bisher noch nicht die Tür weisen, was wir im Augenblick leider schmerzlich feststellen müssen. Um das Kabale erhalten zu können sind wir daher auf eure Unterstützung angewiesen! Also ran an die Burger, Kaffee schlürfen, Bierchen trinken, Spax mampfen, Tee trinken, Wein genießen, what ever...

Öffnungszeiten:

Mo-Fr: 16:00 - 01:00 Uhr
Sa: 14:00 - 01:00 Uhr
So: 10:00 - 01:00 Uhr

Geismarlandstraße, 19 Göttingen



„Sussex not 4 sale“

Übersetzt aus dem Englischen durch: Basisdemokratisches Bündnis

Ein Kommentar zur aktuellen Kampagne an der Sussex Universität (UK) der Black Cat Group Sussex

Die Hochschulen befinden sich gerade in einem internationalen - oder zumindest europäischen - Prozess der Veränderung. Das Vereinigte Königreich ist nicht immun gegen diese Veränderungen. Verteilt über das Land gab es zwar unterschiedliche, kleine Widerstände und Proteste gegen diese Veränderungen, aber bisher gab es noch keine lokale Bewegung. Es existiert eine landesweite Kampagnengruppe mit dem Namen ENS (Education not for Sale - Bildung ist keine Ware), die Teil der Nationalen Studierendenvereinigung NUS ist. Die Kampagne zielt darauf ab, die Probleme zu benennen, die aktuell an den Hochschulen existieren - sie bleibt allerdings vergleichsweise irrelevant: Die Konferenzen werden von Aktivist_innen besucht, aber es fehlt die Basis. Es existiert keine Massenbasis an den unterschiedlichen Universitäten, die in diesem landesweiten Zusammenhang zusammenkommen und aktiv werden könnten. Die Kampagne „Sussex not for Sale“ entstand aus diesem Kontext heraus.

Die Kampagne bestand anfangs aus einer Diskussionsgruppe, an der sich Angestellte der Uni (zu diesem Zeitpunkt beschränkte sie sich auf die philosophische Fakultät) und einige Studierende beteiligten. An diesen Sitzungen nahmen ca. 15 Menschen teil, die sich einmal die Woche getroffen haben. Bald wurde deutlich, dass viele Angestellte unzufrieden waren mit den Veränderungen, mit denen sich die Hochschulen zunehmend konfrontiert sahen und die von Seiten der Regierung vorangetrieben wurden. Zu diesen Veränderungen gehören Studiengebühren, Langzeitstudiengebühren und neue Leistungsvorgaben wie das RAE (Research Assessment Exercise).¹ Des Weiteren wurde klar, dass das neue Universitätspräsidium vor hatte, die inneruniversitären Strukturen großflächig zu reformieren. „Sussex not 4 Sale“ fand sich in einer schwierigen Situation wieder: Die Anträge für diese Veränderungen sollten am Ende des ‚Terms‘ (9 Wochen) durchgewunken werden und wir befanden uns bereits in der dritten Woche. Demnach bleiben uns 6 Wochen, um eine Opposition zu organisieren. Die Motivation sowohl von Studierendenseite und von Angestelltenseite war groß, aber die Angestellten hatten genug mit ihrem Alltagsjob zu tun und auf die Studierenden war - wie so oft - kaum verlass. Darüberhinaus waren die Treffen unstrukturiert. Es gab zwar eine Redeleitung und eine_n Protokollant_in, aber es wurde sich nie auf einen Modus zur Entscheidungsfindung geeinigt (die Gruppe bestand inzwischen aus 20 Menschen und jede Woche wurden wir mehr). Weil sich nie über Strukturen unterhalten wurde, musste viel Zeit für Kleinkram aufgebracht werden, so zum Beispiel mit dem Designen eines Flyers.

Ein Mitglied der Gruppe erklärte sich bereit, eine Homepage zu erstellen, was dazu beigetragen hat, unsere Aktivitäten und Veranstaltungen zu veröffentlichen. Es wurden Vorschläge gemacht, dass wir die ersten 45 Minuten darauf verwenden sollten, zu diskutieren, was gerade passiert und warum. Die letzten 15 Minuten sollten darauf verwendet werden, Entscheidungen zu fällen und Aufgaben zu delegieren. Die Gruppe entschied sich unter anderem auch für die Schaffung zweier Arbeitsgruppen, nämlich Kommunikation und Research. Ab jetzt sollten sich diese beiden Gruppen an anderen Terminen treffen, damit Detailfragen dahin ausgelagert werden konnten.

Anhand dieses Mechanismus waren wir in der Lage, eine Öffentlichkeit zu schaffen für das, was langsam, aber sicher die Form einer Kampagne annehmen sollte. In der sechsten Woche hatte die Gruppe über 40 Teilnehmer_innen und einige Texte wurden in der lokalen Studierendenzeitung veröffentlicht. Die Medien begannen auch langsam, Interesse an dem Treffen zu finden. Die Research-Gruppe hatte schon angefangen, Informationen bezüglich der Veränderungen zu sammeln und zusammen zu tragen. Wir kamen zur Einsicht, dass hier eine gravierende Veränderung innerhalb der universitären Strukturen forciert werden sollte.

Die Veränderungen

Inneruniversitäre Hierarchien – Eine Gefahr für demokratische Strukturen

Aktuell besteht die Hierarchie innerhalb der Universität daraus, dass das Präsidium Entscheidungen fällt, die an den Vorstand der 5 „Schools“ weiter gegeben werden. Diese geben die Entscheidung weiter an die ca. 20 Vorstände der unterschiedlichen Fachbereiche. Die Vorsitzenden der Fachbereiche werden im jährlichen Rotationsprinzip bestimmt. Das bedeutet, dass der_die jeweilige Professor_in ein Jahr Pause macht, um sich der Aufgabe des Vorstands zu widmen. In den egalitäreren Fakultäten sind die Vorstandssitzungen im Wesentlichen basisdemokratische Versammlungen. Diese stellen also die Arbeiter_innenselbstverwaltung auf dem niedrigsten Level dar.

Die vorgeschlagenen Veränderungen bestehen daraus, dass es keine „Schools“ mehr gibt, sondern diese in 3 Fakultäten zusammengefasst werden und sog. „super-departments“ geschaffen werden, die als die hauptorganisatorische Instanz dienen sollen. Diese Departements sollen dann aus mindestens 25 Mitgliedern der Fakultäten bestehen. Im besten Fall werden die unterschiedlichen Bereiche unter bestimmte Themenschwerpunkte zusammengefasst; im schlimmsten Fall werden diese Zusammenschlüsse als Vorwand genutzt, um Abschlüsse abzuwerten. Darüber hinaus soll der Vorstand dieser Departments für 6 Jahre im Amt sein, was das bisherige Rotationsprinzip zunichte machen würde: Denn ein_e Akademiker_in kann keine 6-jährige Pause machen. Der neue Vorstand wären professionelle Manager_innen oder solche Akademiker_innen die Managementambitionen haben. Es ist klar, dass dies die derzeitige basisdemokratische Verwaltung an der Fakultät untergraben würde: Manager_innen haben ein unmittelbares Interesse an der Umsetzung der Vorgaben von Oben, da sie sich dadurch Karrieresprünge erhoffen. Ein Vorstand der nach dem einjährigen Rotationsprinzip funktioniert, hat ein Interesse an guten Bedingungen an der Fakultät: Nach einem Jahr ist er_sie selber wieder Teil von ihr.

Forschung und Themenschwerpunkte in der Lehre – eine Gefahr für akademische Selbstverwaltung:

Der Universitätsvorstand wollte fünf Forschungs- und fünf Themenschwerpunkte innerhalb der Universität einführen. Es gab einige Bedenken bezüglich des Vorschlags. Das erste Bedenken war, dass es nicht klar war, was das Ziel dieser Schwerpunkte sein sollte. Die Universitätsverwaltung fuhr damit fort, sowohl konfuse als auch verwirrende Informationen zu verbreiten: einerseits sollten diese alle - oder die meisten - akademischen Aktivitäten auf dem Campus beinhalten, andererseits seien es bloße Netzwerkmöglichkeiten für Akademiker_innen. Einerseits sollten sie die verbindlichen Hauptleitlinien, entlang derer die Finanzierung von Seiten nationaler Organe angefragt wird, sein, auf der anderen Seite sollen sie bloße Richtlinien sein, die Unterstützung bieten können, die Finanzierung zu beantragen. Egal wie es kommen sollte, eine Viertelmillion Pfund sollten an jeden Schwerpunkt gekoppelt werden. Das ist viel Geld, welches von andere Stelle her hätte kommen müssen, für eine derart schlecht durchdachte Sache. Das zweite Bedenken zur vorgeschlagenen Einführung der Themenschwerpunkte bezieht sich auf deren Auswahl. Die Universitätsverwaltung wollte selbst fünf ebendieser vorschlagen. Später, nachdem Druck aufgebaut wurde, durften die Akademiker_innen ihre eigenen Vorschläge machen. Von Anfang an wurde ein Schwerpunkt zu Sicherheit vom Vizevorstand Joanne Wright forciert. Sie sollte auch verantwortlich sein für das Thema zur nationalen Sicherheit. Diese zwei Themen scheinen besonders skandalös, sowohl für die akademischen Angestellten, als auch für die Studierenden, da sie aus einem unkritischen Blick auf den „War on Terror“ seitens der Regierung kommen.²

Ein Fokus auf die Drittmittelfinanzierung durch den Markt

Es gab einen starken Trend, die Hochschulbildung von einem öffentlichen Modell zu einem marktorientierten Modell zu verschieben. Die Einführung von Studiengebühren und Langzeitstudiengebühren



waren unerschwingliche Zeichen hierfür. Auch die Möglichkeit für private Firmen, offiziell anerkannte Abschlüsse innerhalb ihrer Ausbildungskurse ausweiten zu können, ist ein weiteres Zeichen. Als Ergebnis gehen Universitäten dazu über, sich unabhängige Wege zur Selbstfinanzierung zu suchen. Die größte Einkommensquelle ist hierbei Forschungsfinanzierung. Die zweitgrößte sind internationale Studierende, die mehr als das dreifache der Gebühren zahlen, die europäische Studierende zahlen müssen. Diese rassistische Politik bedeutet, dass grundsätzlich nur die außereuropäischen Studierenden überhaupt eine Chance haben hier (im Vereinigten Königreich - Anm. d. Übers.) zu studieren, die sehr reich sind. Des Weiteren bedeutet dies, dass Universitäten ihren Schwerpunkt auf den internationalen Markt verlegen. In Sussex wurde entschieden, dass der beste Weg, um dies zu tun die sog. Ausweitung der ‚Business School‘ sei. Sussex ist keine ‚Business School‘ und wenn sie diese schaffen würde, müssten sie sich gegen den Ruf von der London School of Economics und anderen gefestigten ‚Business Schools‘ bewähren. Es würde einfach keinen Sinn machen!

Die Massenkampagne

Als sich die Unsicherheit über die Probleme, vor denen wir standen, der Entschlossenheit zu Kämpfen gewichen war, entschieden wir uns dafür, ein Massentreffen für die siebte Woche einzuberufen. Das Ziel dieses Treffens war, die Informationen über die zu bewältigenden Probleme zu streuen und den Widerstand gegen die Umstrukturierungen und gegen die Pläne der Universitätsleitung auf eine Massenbasis zu stellen. Das Meeting wurde gut angenommen und so kamen über 250 Studierende und Angestellte der Uni. Dieses Treffen ist als großer Erfolg zu bewerten: Nach anfänglicher Unsicherheit über die Entscheidungsstrukturen, wurde beschlossen, dass es die zentrale Organisationsstruktur der Kampagne werden sollte. Es wurde ebenso beschlossen, dass über eine Entscheidungs- und die Organisationsstruktur auf dem nächsten Treffen diskutiert werden sollte. Zudem sollten Forderungen aufgestellt und für die 9. Woche eine Demonstration auf dem Campus organisiert werden.

Obwohl auf den drei nachfolgenden Massentreffen weit über 200 Menschen anwesend waren, verflieg die aufgeregte und motivierte Stimmung des ersten Treffens ziemlich schnell. Es existierte keine Struktur während der Treffen, so dass sich Debatten oft verliefen und sich viel im Kreis gedreht wurde. Erst ab dem dritten Treffen wurden Protokollant_innen und Redeleitung gewählt. Die Tagesordnung wurde von einer ausgelagerten Gruppe aufgestellt. Das zweite Treffen zog sich über drei Stunden hin, vor allem aufgrund einer weitläufigen Diskussion über die Forderungen. Delegierte des Mittelbaus (die sich gegen Lohnkürzungen zur Wehr setzen wollten) haben das Treffen zu diesem Zeitpunkt verlassen, weil das Plenum entschieden hatte, dass die Verhandlungen von der Studierendenvereinigung geführt werden sollten (diese hatte allerdings den Mittelbau bereits vor einiger Zeit im Stich gelassen).

Trotz alledem war die Demonstration in Woche 9 eine der größten, die Sussex in den letzten 20 Jahren gesehen hat. Es gab daraufhin eine weitere Demonstration vor dem Senat, bei dem die Forderungen diskutiert werden sollten. Auch hier versammelten sich wieder viele Menschen. Gegen Ende des Semesters wurde klar, dass die meisten Angestellten der Universität ebenfalls gegen die vorgelegten Pläne waren: Allein in der philosophischen Fakultät unterzeichneten 75 Angestellte die Forderungen die durch das Meeting aufgestellt worden waren.

Die Kampagne sah sich jedoch in ihrem Kern gespalten: Einerseits war die Auseinandersetzung wichtig und wurde auch als solche von weiten Teilen der Uni verstanden - wie man unschwer an der großen Beteiligung sehen konnte. Andererseits war die Kampagne jedoch in der eigenen Unorganisiertheit und durch seinen bürokratischen Charakter gefangen. Woran lag das?

Wir befinden uns in Sussex in einer merkwürdigen Situation: In den meisten anderen Städten im Vereinigten Königreich sind linke Kräfte, wenn sie irgendwo eine Rolle spielen, dominiert von Statist_innen. Unterschiedliche trotzkistische oder leninistische Gruppierungen haben dort eine gewisse Hegemonie. Sussex' Linke wird dominiert von Anarchist_innen. Das ist ein zwiespältiger Segen. Während wir uns sicher

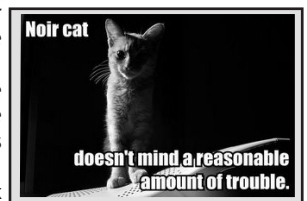
sein können, dass nicht irgendwelche Verbände sich in die Proteste einklinken, um Mitgliederwerbung für ihre Parteien zu machen, hat es die anarchistische Linke bislang nicht geschafft, sich kontinuierlich für eine Öffentlichkeit einzusetzen oder versucht, eine politische Debatte auf dem Campus zu führen. Das Resultat ist, dass viele Menschen sich mit anarchistischen Idealen identifizieren, aber dass viele von ihnen kein Bewusstsein darüber haben, was Anarchismus im Allgemeinen und Anarcho-Kommunismus im Besonderen bedeutet. Die Meisten orientieren sich an individualistischen Ideen und ihre Politik besteht im Wesentlichen aus der Abwehr von alledem, was sie im Ansatz als Organisation, Bürokratie und autoritär erachten. Es gab kaum oder kein Bewusstsein über organisatorische Grundlagen. Die Konsequenz daraus ist ironischerweise, dass die Massenkampagne dauernd dominiert wurde von selbsternannten Anarchist_innen. Das Massentreffen wurde zu einer bloßen Verwaltungsinstitution degradiert und war ein Pappkamerad, der gegen die Universitätsverwaltung aufgestellt wurde, statt ein Ort zu sein, an denen Menschen entlang basisdemokratischer Prozesse gestalten und ihren Widerstand organisieren konnten. Das wurde schnell erkannt und führte dazu, dass Wahlen gefordert wurden und Delegierte bestimmt werden sollten. Es wurde immer offensichtlicher, als Studierende in Gesprächen nach den Treffen verlaublich ließen, dass sie sich über die mangelnde Organisation und dessen demotivierende Effekte aufregten.

Eines der entscheidenden Ursachen für die Zentralisierung und Bürokratisierung der Treffen war die permanente Autorität, die von der externen Diskussionsgruppe ausging. Obwohl das Plenum entschieden hatte, dass es von nun an das entscheidende Organ werden würde, hatte es sich noch keine genaueren Gedanken über die eigene Struktur gemacht. Die kleinere Diskussionsgruppe, die zwangsläufig nur einen kleinen Teil der Diskussion im Plenum darstellen kann und auch nur für solche Menschen zugänglich ist, die bereit sind, auf zwei Treffen in der Woche zu gehen, hatte sich dafür entschieden, dass das Plenum kein geeigneter Ort für Entscheidungsfindung war. Ihrer Meinung nach sei das Treffen zu bürokratisch, formalistisch und autoritär. Beim nächsten Plenum blockierten Teile des kleinen Diskussionszirkels die Debatte über transparente Strukturen, welche der Entscheidungsfindung helfen sollte. Ab jetzt bestimmten individualistische Anarchist_innen die Tagesordnung, Inhalt und die Strategie der Kampagne. Entscheidungen, die im Plenum gefällt wurden, wurden von dem Diskussionszirkel bis ins unendliche diskutiert. Diese Diskussion kann jedoch, wie gesagt, nur einen kleinen Teil der gesamten Diskussion darstellen. Dadurch wurde die Hürde, sich an der Kampagne zu beteiligen, erheblich erschwert und die Last der Arbeit verteilte sich nur auf wenige Schultern.

Obwohleine solide demokratische Entscheidungsfindung nicht unbedingt perfekt gewesen wäre, hätte es die Partizipationsmöglichkeiten für Teilnehmer_innen der Plena erheblich erleichtert. Es kann nur das Ziel und die Rolle anarchistischer/libertär kommunistischer Gruppen in solchen Auseinandersetzungen sein, das Bewusstsein für kollektive Organisation und Kämpfe zu schaffen und zu stärken. Denn sobald wir anfangen, Kampagnen an zu führen oder Räte als Instrumente zur Durchsetzung unserer Agenda zu begreifen, wird der Begriff der Emanzipation zu einer hohlen Phrase. An diesem Punkt würden wir nämlich, wie jede politische Partei, bloß unser politisches Interesse durchsetzen wollen.

Wie diese Kampagne weiter geht, wird sich in naher Zukunft zeigen. Wir hoffen, dass unsere Forderungen nach einer demokratischen und transparenten Entscheidungsfindung und die Verbreitung libertär kommunistischer/anarchistischer Ansätze voran schreitet durch die kollektive Organisation an der Basis. Bis dahin halten wir diese Kampagne bereits jetzt für eine, die die Projekte der vergangenen Jahre in ein anderes Licht rückt.

Black Cat Group Sussex



1) Das RAE regelt, dass Universitäten über die Veröffentlichungszahlen ihrer Fakultäten an Gelder und Finanzierung gelangen.

2) Joanne Wright gehört zum Beratungskomitee des Insituts für Homeland-Security-Management an der Long-Island-University (diese ist eine der führenden Institutionen für Homeland-Security)



Blut und „Bierehre“



Burschis nach der traditionellen Selbstverstümmelung

Neben dem öffentlichen Auftreten mit komischen Mützen und Bändern sind Studentenverbindungen vor allem durch zwei Rituale bekannt: Die „Mensur“ und die „Kneipe“. Was oberflächlich nur als skurrile Traditionspflege erscheinen mag, verdient eine genauere Betrachtung. Mensur und Kneipe sind nämlich viel mehr als das. Den (schlagenden) Verbindungen gelten sie als zentrale Erziehungsmittel.

„Habitus ohne Mitleid“

Die Korporationen haben den Anspruch, auf die Persönlichkeitsbildung ihrer Mitglieder einzuwirken und sie zu erziehen. Ein Teil des Verbindungsspektrums, die schlagenden Verbindungen, setzt dabei auf die Mensur. Pflichtschlagende Korporationen verlangen von ihren Mitgliedern eine bestimmte Anzahl von Mensuren zu fechten, bevor sie endgültig aufgenommen werden.

Bei der Mensur stehen sich die zwei Personen, die Paukanten, mit scharfen Degen - sogenannten Schlägern - gegenüber. Der Körper ist größtenteils durch Bandagen geschützt, Teile des Kopfes liegen jedoch frei. Diese freiliegenden Stellen versuchen die Paukanten nun unter Einhaltung bestimmter Regeln zu treffen. Die Fechter dürfen vor den Schlägen des Gegners nicht zurückweichen, sondern müssen Verletzungen ohne äußere Regung in Kauf nehmen.

Hinter diesem seltsam anmutenden Ritual steht ein traditionelles Männlichkeitsideal als Erziehungsziel. In einer verbindungsstudentischen Publikation wird die Mensur zustimmend als „geradezu klassisches Initiations- und Mannbarkeitsritual“¹ bezeichnet. Ein von Walter Bloem bereits 1906 veröffentlichter, aber unter „Waffenstudenten“ bis heute beliebter Korporationsroman beschreibt den Zweck der Mensur mit den Worten: „Damit wir lernen, die Zähne zusammenbeißen - damit wir Männer werden“². Auch der Historiker Wolfgang Wippermann, selbst Alter Herr im Köseener Senioren-Convents-Verband (KSCV), äußert sich ähnlich: „Duelle dienten nun einmal zur Austragung von Ehrenhändeln unter Männern, während die Mensur den Zweck hatte (und hat!) den Mut von Männern zu erproben. So gesehen ist die Mensur wirklich männlich. Männer und Mensuren gehören zusammen.“³

Zentrales Element dieses Männlichkeitskonzepts ist offensichtlich „Härte“ - sowohl gegen sich selbst, als auch gegen andere. Norbert

Elias hat die durch die Mensuren anerzogene Haltung daher als „Habitus ohne Mitleid“⁴ bezeichnet. Die Bereitschaft, dem Gegenüber ernsthafte Verletzungen zuzufügen, ist unabdingbare Voraussetzung für die Teilnahme an der Mensur. Wichtiger ist aus Sicht der Verbinder allerdings die Härte gegen sich selbst. Vom Paukanten wird erwartet, dass er die ihm zugefügten Verletzungen ohne äußere Regung hinnimmt. Die Folgen einer solchen Abhärtung beschreibt Theodor W. Adorno in seinem Aufsatz „Erziehung nach Auschwitz“:

„Die Vorstellung, Männlichkeit bestehe in einem Höchstmaß an Ertragenkönnen wurde längst zum Deckbild eines Masochismus, der - wie die Psychologie dartat - mit dem Sadismus nur allzu leicht sich zusammenfindet. Das gepriesene Hart-Sein, zu dem da erzogen werden soll, bedeutet Gleichgültigkeit gegen den Schmerz schlechthin. Dabei wird zwischen dem eigenen und dem anderer gar nicht einmal so sehr fest unterschieden. Wer hart ist gegen sich, der erkaufte sich das Recht hart auch gegen andere zu sein, und rächt sich für den Schmerz, dessen Regungen er nicht zeigen durfte, die er verdrängen mußte.“⁵

Die Unterdrückung der eigenen Person, die totale Selbstbeherrschung, kehrt sich nach außen in der Bereitschaft zur Unterdrückung Anderer, zur gnadenlosen Herrschaft. Der vollständigen Ausmerzungen des Mitleids mit sich selbst entspricht die Mitleidslosigkeit gegenüber Anderen.

Die Härte gegen sich selbst ist eng mit einem anderen Element der hier konstruierten Männlichkeit verbunden, der Unterordnung des Einzelnen unter das Kollektiv. Die Mensur dient der Korporation stets auch als Binde- und Vergemeinschaftungsmittel. Sie markiert die entscheidende Hürde vor der Aufnahme in die elitäre Gemeinschaft. Der Paukant soll durch die bewusste Inkaufnahme schwerer Verletzungen seine Bereitschaft demonstrieren, seine eigenen Interessen hinter die der Korporation zurück zu stellen. Nur wenn er bereit ist seine körperliche Unversehrtheit zu riskieren, sich verstümmeln und unter Zufügung medizinisch nicht notwendiger Schmerzen verarzten zu lassen, wenn er also sich selbst komplett verleugnet, nur dann wird ihm die Aufnahme in die Gemeinschaft gewährt. Gefordert wird also das Durchstreichen der eigenen Person, das vollständige Aufgehen im Kollektiv, oder wie es das Corps Friso-Luneburgia 1935 in einem internen Rundschreiben formulierte: „Friso-Luneburgia muss leben und wird leben, auch wenn wir darben und sterben müssen.“⁶

Auch der bereits zitierte Korporationsroman lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Dort heißt es, der Paukant solle „auf der Mensur beweisen, daß ihm körperlicher Schmerz, Entstellung, selbst schwere Wunden und Tod ... daß ihm das alles gleichgültig ist.“⁷ Das klingt heutzutage kaum anders. Der Wiener Burschenschaftler Werner Lackner konstatiert: „Wird in einem Ritual absichtlich Blut vergossen, so bedeutet das in der Regel, daß der Wert, zu dessen Ehre das Blut fließt, höher geachtet wird als das Leben des Blutenden. Dies gilt unabhängig davon, ob der Tod tatsächlich eintritt.“⁸

Die nach der Mensur zurückbleibenden Gesichtsnarben, die „Schmisse“, erfüllten vor allem früher - als sie u.a. aufgrund häufigerer Partien und teilweise anderer Technik in sehr viel größerer Zahl zustande kamen - verschiedene Funktionen. Der Schmiss diente als in den Körper eingeschriebenes Abgrenzungsmerkmal gegenüber denen, die diese Verstümmelung nicht vorweisen konnten. Die Zugehörigkeit zu einer

Farbtragende Burschenschaftler in der Innenstadt

Gleich zwei Studentenverbindungen hatten für das Wochenende vom 13. bis 15. Juni Bundesbrüder und Kameraden nach Göttingen eingeladen, aber der reibungslose Ablauf der Festlichkeiten wurden von Gegendemonstranten innen verhindert.

Gemeinsam mit der „Germania“ aus Jena feierte die „Hannovera“, eine in der „Deutschen Burschenschaft“ (DB)¹ organisierte Burschenschaft, vom Donnerstag bis Sonntag ihr 160. Stiftungsfest. Die „Hannovera“ war im Vorfeld durch enge Kontakte zum extrem

rechten Spektrum in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt, zuletzt weil sie in Kooperation mit der „Holzminda“ den Ex-KSK General Günzel² eingeladen hatte. Dementsprechend fielen die Gegenreaktionen auf die geplanten selbstbezogenen Feste aus: Das erst kürzlich gestrichene Haus in der Herzberger Landstraße erhielt weitere farbliche Akzente und auch die Fenster waren zwischenzeitlich etwas undicht geworden. Am Freitag Abend zog ein Demonstrationsszug Richtung Stadthalle, um dem Unmut

über Weltanschauung und politische Praxis der Burschenschaftler Ausdruck zu verleihen. Das Verhalten der Polizeieinheiten, die aus Oldenburg, Braunschweig, Göttingen und Hannover zusammengezogen worden waren, stieß dabei auf vehemente Kritik seitens der Demoteilnehmer_innen.

Den Einsatz einer Pferdestaffel, mehrerer Kamerawagen und eines Gefangensammeltransporters sei „eine Unverschämtheit, gleichzeitig aber auch ein Hinweis auf den Stellenwert der Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Hier muss auch bedacht werden, dass diese per Grundgesetz garantier-



elitären Gruppe war dem „Waffenstudenten“ also sprichwörtlich „am Gesicht abzulesen“: „Der Sinn der Schmissie liegt in der Kenntlichmachung einer gesellschaftlichen Privilegiertheit und daher in der Verneinung demokratischer Tendenzen.“⁹ Von besonderer Relevanz war das im Kaiserreich. Die Mensurnarbe kennzeichnete hier die Mitglieder der „satisfaktionsfähigen Gesellschaft“.

Als äußerer Ausweis des Willens zur Selbstverleugnung symbolisiert(e) der Schmiss die Verwirklichung der geforderten Werte: „[D]arum haben wir den Schläger geschwungen und haben uns die Narben, welche unsere Bereitschaft zu selbstverleugnendem Einsatze fürs Vaterland versinnbildlichten, gegenseitig ins Gesicht gestempelt.“¹⁰ Das Kollektiv, in dem das Individuum sich auflösen soll, ist heute wie damals nicht nur das der eigenen Verbindung, sondern das nationale. Lackner formuliert das so: „Die Mensur wird bekanntlich nicht für sich selbst, sondern für den Bund oder »pro patria« geschlagen. Daher wird sie zum Symbol der Einsatzbereitschaft für die Gemeinschaft, fürs Vaterland.“¹¹

Adorno sah in Ritualen wie der Mensur „eine unmittelbare Vorform der nationalsozialistischen Gewalttat.“¹² Die Konsequenz, die er daraus zieht, bleibt aktuell: „Anzugehen wäre gegen jene Art [...] Initiationsriten jeglicher Gestalt, die einem Menschen physischen Schmerz - oft bis zum Unerträglichen - antun als Preis dafür, daß er sich als Dazugehöriger, als einer des Kollektivs fühlen darf.“¹³

„Vollpumpen“ und „Kasernhofdrill“

Eine der Mensur in Teilen durchaus ähnliche Institution des verbindungstudentischen Brauchtums stellt die Kneipe dar. Kennzeichnend für die Kneipe ist exzessiver, dabei jedoch hochgradig verregelter Bierkonsum, verbunden mit gemeinsamen Gesang. Die Kneipe wird geleitet von einem Präsidium, das den anderen Anwesenden gegenüber weisungsbefugt ist. Entsprechend dem Fechtcomment bei der Mensur gibt es hier den Biercomment, der den Ablauf der Trinkveranstaltung regelt. Das Präsidium hat bei Verstößen gegen den Comment die Möglichkeit „Bierstrafen“ zu verhängen und Anwesende in den „Bierverschleiß“ zu schicken. Die Bestraften müssen bestimmte Quanta Alkohol konsumieren, um ihre „Bierehrlichkeit“ zu erhalten bzw. wiederzuerlangen. Von Bedeutung ist, dass die verbindungsinternen, institutionalisierten Hierarchien während des Trinkens intakt bleiben, Burschen und Füchse sind auch hier keineswegs gleichberechtigt. Unter anderem haben Burschen die Möglichkeit die Füchse zum Trinken zu zwingen.

Auch bei der Kneipe geht es um die Erziehung zu und Inszenierung von „Männlichkeit“. Offensichtlich wird dies schon dadurch, dass sich derjenige, der z.B. wegen Krankheit nicht zum Bierkonsum in der Lage ist, für „bierimpotent“ erklären lassen muss. Von Relevanz ist darüber hinaus die Konnotation der Fähigkeit zur Aufnahme großer Mengen Alkohol mit körperlicher Stärke. Trinkfestigkeit gilt stets auch als Ausweis von „Männlichkeit“. Die Bedeutung dieser Assoziation von Alkoholkonsum und „Männlichkeit“ sollte nicht unterschätzt werden. Tatsächlich diente

sie Korporierten in den Debatten um die kollektiven Besäufnisse als Legitimation, indem die Teilnahme an der Kneipe mit („männlichem“) Mut und dem Erwerb („männlicher“) Stärke verknüpft wurde: „[E]s braucht Mut, um sich dem Meer von Alkohol auszusetzen, das durch den noch schwächlichen Organismus des Fuchsen hindurchströmt.“¹⁴ Hier klingt bereits die Funktion der Kneipe als Erziehungsmittel an, in anderen korporierten Veröffentlichungen wird dies deutlicher benannt. In besonders krasser Form formulierte diesen Anspruch die Deutsche Corpszeitung im Jahr 1917:

„Verbieten wir das Vollpumpen, so geben wir ein Erziehungsmittel aus der Hand! [...] Die Kneipe ist für uns, was der vielgelästerte Kasernhofdrill, der Parademarsch für den Soldaten. So wie dort das hundertmal wiederholte ‚Knie beugt!‘ nacheinander Faulheit, Wurstigkeit, Trotz, Wut, Schlappeheit und Ermattung überwindet und aus dem Gefühl der Ohnmacht und völliger Willenlosigkeit vor dem Vorgesetzten die Disziplin hervorgehen läßt, so bietet bei uns das ‚Rest weg!‘ dem Älteren vor dem Jüngeren immer Gelegenheit, seine unbedingte Überlegenheit zu zeigen, zu strafen, Abstand zu wahren, die Atmosphäre zu erhalten, die für das ständige Erziehungswerk des Corps unbedingte Erfordernis ist.“¹⁵

Neben dem positiven Bezug auf den „vielgelästerten Kasernhofdrill“ ist hier die Affirmation von „Ohnmacht und völliger Willenlosigkeit“ von besonderem Interesse. Erziehungsziel ist es also, dem Verbindungsmitglied zu verdeutlichen, dass es als Individuum nichts zählt. Solange es einen eigenen Willen artikulieren kann, ist die Erziehung noch nicht abgeschlossen, die angestrebte „Disziplin“ noch nicht erreicht. Durch das im Zitat erwähnte „Rest weg!“, die Anweisung zum weiteren Bierkonsum, wird der Fuchs gezwungen sich unterzuordnen und dabei über die eigene körperliche Grenze hinaus zu gehen. Der befehlende Bursche kann ihn nach Belieben „Vollpumpen“, er hat eine weitere Gelegenheit sich an die Unterwerfung „Schwächerer“, die Ausübung von Herrschaft zu gewöhnen. Zwar mag es einen offiziellen Trinkzwang (teilweise) nicht mehr geben. Dieser erscheint jedoch auch gar nicht notwendig. Der Fuchs wird dennoch alles daran setzen, der Aufforderung nachzukommen, da die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft an den verlangten Bierkonsum geknüpft ist. Der Verbindungsaussteiger Stephan Peters stellt fest:

„Dieser für die Corps als recht einschneidend dargestellte offizielle Beschluß [zur Abschaffung des Trinkzwangs, d. Verf.] ist für die Gemeinschaft von geringer Wirkung, solange die an den Genuß von Alkohol gekoppelte Bierehre noch existent ist. Die Bierehre ist jedoch die gemeinschaftliche Einigung, nach der sich alle zu fügen haben.“¹⁶

Die Kneipe hat „mit der Mensur den Zugriff auf den Körper der Mitglieder gemein.“¹⁷ Wie bei der Mensur soll das Individuum sich selbst negieren, lernen die „eigenen Grenzen zu vergewaltigen“¹⁸ und sich der Gemeinschaft zu „opfern“: So wie sich der Korporierte im oben zitierten „Meer aus Alkohol“ verliert, so soll er aufgehen im Bund. Der Alkoholexzess führt „zur rauschhaften Aufhebung der Individuen“¹⁹, zur „rituellen Auflösung der Grenzen zwischen den Individuen zur Schaffung eines Kollektivs“²⁰.

ten Rechte zu Gunsten eines Trachtenfestes beschnitten wurden“, so der Anmelder. Auch bemängelte er, dass ihm die Auflagen für die Demonstration rechtswidrig erst wenige Minuten vor Beginn der Demonstration ausgehändigt worden seien. Diese enthielten unter anderem eine Änderung der geplanten Route; zur Durchsetzung dessen diente die oben erwähnte Pferdestaffel. Auch dies stellt einen weiteren schweren Eingriff in die Versammlungsfreiheit dar. Die Polizei hingegen betrachtet den Einsatz als verhältnismäßig und erfolgreich, unter anderem durch das Ausprechen von 47 Platzverweisen - es wurde allen routinemäßig kontrollierten Menschen für mindestens 4 Stunden, in einzelnen Fällen 12 Stunden, der Aufenthalt im Bereich der Stadthalle untersagt - sei der Abend friedlich geblieben. Neben der vorläufigen Ingewahrsamnahme von 6 Personen wurden zwei

Strafverfahren wegen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“ eingeleitet.

Ergänzt wurden diese durch weitere Anzeigen am darauffolgenden Tag. Hier waren zunächst spontan rund 100 Personen zusammengekommen, um den Umzug einiger Verbinder in Vollwuchs von der Alten Universitätsbibliothek zu einer weiteren Veranstaltung in der Stadthalle zu behindern. Nach der Auflösung dieser Veranstaltung kam es zu Auseinandersetzungen im Bereich des Albanikirchhofs. Von hier aus zog erneut die „Hannovera“ Richtung Deutsches Theater.

Insgesamt lässt sich eine positive Bilanz des Wochenendes ziehen. Zwar stellte die Polizei deutlich zur Schau, dass ihre vermeintlich neutrale Schutzfunktion eher der Behinderung friedlicher Demonstrant_innen dient, als der Durchsetzung ihrer Rechte. Die Ver-

binder wurden aber bei ihrer Selbstbeweihräucherung gestört. Das massive Vorgehen der Exekutive hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack. Weil bereits grundgesetzlich verbotene Widerstandsformen illegalisiert und massiv bekämpft werden, ist auch der Schritt zu militanteren Formen des Protestes nicht mehr groß.

karl_max@gmx.net

1) Zur Deutschen Burschenschaft vgl. „In der Braunzone“ aus BB-Zeitung #14, www.bb-goettingen.de/974

2) Ex-General Günzel ist bekannt für antisemitische Äußerungen, die zu seiner unehrenhaften Entlassung aus der Bundeswehr führten. „Vgl. Antisemitische Veranstaltung in Göttingen - StuPa schweigt“ aus BB-Zeitung #1, www.bb-goettingen.de/135



Eine besondere Ausformung erhält diese Gemeinschaft durch die sogenannten „Bierfamilien“. Jeder Fuchs wählt sich dauerhaft einen „Leibburschen“ oder „Biervater“, der ihm bei der Einführung in die Verbindung helfen soll, zwischen den beiden besteht ein „Leibverhältnis“. „Aus diesen Leibverhältnissen entsteht eine Bierfamilie, die meist einen besonderen Zusammenhalt entwickelt und die sich über viele ‚Generationen‘ erstrecken kann.“²¹ Früher üblich war zudem der Begriff des „Bierstaates“. Was hier zum Ausdruck kommt ist die Vorstellung (und das Ideal) einer Gemeinschaft ohne Frauen, die „sich quasi parthenogenetisch reproduzieren“²² kann. Es ist, wie Alexandra Kurth richtig bemerkt hat, die „Utopie der reinen Männergesellschaft“²³.

Dietrich Heither hat noch auf weitere während der Kneipe praktizierte Rituale, die der Inszenierung von Männlichkeit dienen, aufmerksam gemacht: „Das donnernde Aufschlagen der Bierkrüge beim Reiben des Salamanders kann in diesem Kontext genauso als eine Ausdrucksform kollektiver, männlicher Stärke interpretiert werden wie der ‚Landesvater‘“²⁴. Beim Landesvater, der als feierlichstes Ritual einer Verbindung zur Ehrung des „Vaterlandes“ vollzogen wird, durchstoßen die Korporierten ihre Mützen mit dem Schläger. Interessant ist in diesem Zusammenhang die symbolische Bedeutung, die dem Durchstechen der Mütze von den „Waffenstudenten“ zugemessen wird. Walter Bloem sieht diese Handlung als „ein Gleichnis der Bereitschaft zum Tode fürs Vaterland“²⁵. Diese Interpretation deckt sich mit der Deutung Stephan Peters, der als Sinn dieses Rituals „die totale Unterordnung unter die Belange der Gemeinschaft“²⁶ identifiziert.

Männerbund und Volksgemeinschaft

Durch die korporativen Erziehungsmittel werden die verbindungstudentischen Gesellschaftsvorstellungen sowohl zum Ausdruck gebracht als auch ständig reproduziert. Basis ist - vor allem bei den „Waffenstudenten“ - der „Wille zum heldischen Männerbund“²⁷ und damit zur „männlichen Gesellschaft“²⁸. Der Kern des Männerbundes ist die Feinderklärung, die „Umlenkung der intraspezifischen Aggression [...] auf ein Ziel außerhalb der eigenen Gruppe.“²⁹ Die martialische Sprache - das ständige Gerede über Tod, Soldaten und Kasernenhöfe - ist kein Zufall. Entsprechend der Konfrontation mit einem äußeren Feind setzt sich das angestrebte Männlichkeitsideal vor allem aus zwei Komponenten zusammen: Unbarmherziger Härte und totaler Unterordnung unter die Gemeinschaft.

Die Erziehungsmittel der Verbindungen sind genau auf diese Werte ausgerichtet. Gefordert wird extreme Härte gegen sich selbst, die Verbindung verlangt dabei auch den Zugriff auf den Körper ihrer Mitglieder. Diese Härte ist tendenziell grenzenlos, das Aufgehen im Kollektiv findet seine Vollendung in der Opferung der eigenen Person. Eine Gemeinschaft von Gleichen ist der Bund allerdings nicht, stattdessen sind Hierarchien fester Bestandteil der Erziehung. Sie dienen der Einübung in die Ausübung von Herrschaft. Der Korporierte lernt die Selbstbeherrschung auf die Spitze zu treiben, die „Unmännlichkeit“ in sich selbst „bis aufs Blut“ zu bekämpfen und sich „Stärkeren“ unterzuordnen. All das erträgt er nur in dem Bewusstsein, selbst auch Andere beherrschen, die „Unmännlichkeit“ als Äußeres bekämpfen und sich Schwächere unterordnen zu dürfen. Die Zugehörigkeit zu einem Kollektiv, das Macht über Andere ausübt, ist die Belohnung für die Negation der eigenen Person.

Dem Bund der Korporierten entspricht auf anderer Stufe eine hierarchisch geordnete, gegen äußere Feinde zusammengeschlossene Nation. Diese Ebene wird von den Verbindern stets mitgedacht, daran lassen nicht nur die zitierten Äußerungen keinen Zweifel. Zutreffend bleibt daher, was schon in den 1960er Jahren in einer verbindungskritischen Publikation konstatiert wurde: „Und so entwickelt sich aus der Ideologie der Korporationsgemeinschaft eine Ideologie der Volksgemeinschaft“³⁰.

Die Existenz von Institutionen, die eine solche Erziehung praktizieren, kann nicht einfach hingenommen werden, sondern bedarf des entschiedenen Widerspruchs. Nicht nur, aber auch aus historischer Erfahrung: „[W]ir brachten einen guten Teil der Voraussetzungen für echten Nationalsozialismus mit. Und wir mußten, wenn wir die Grundideen unserer corpsstudentischen Erziehung in uns fortwirken ließen, ganz besonders aufgeschlossen sein für das so urdeutsche

Gedankengut des Nationalsozialismus.“³¹

bg-geschichte@gmx.net
www.bg-geschichte.org

- 1) Roland Girtler, Corpsstudentische Symbole und Rituale - die Traditionen der Antike und der frühen Universitäten, S. 371. In: Rolf-Joachim Baum (Hrsg.), „Wir wollen Männer, wir wollen Taten!“. Deutsche Corpsstudenten 1848 bis heute, Hannover 1998, S. 343 - 382.
- 2) Walter Bloem, Der krasse Fuchs, Leipzig 1906, S. 184 ff. Zitiert nach Dietrich Heither, Verbündete Männer. Die Deutsche Burschenschaft - Weltanschauung, Politik und Brauchtum, Köln 2000, S. 66.
- 3) Wolfgang Wippermann, Männer und Messuren. Waffenstudenten in geschlechtergeschichtlicher Sicht, S. 238. In: Harm-Hinrich Brandt / Matthias Stickler (Hrsg.), „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens, Würzburg 1998, S. 231 - 248.
- 4) Norbert Elias, Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Michael Schröter, Frankfurt am Main 2005, S. 160.
- 5) Theodor W. Adorno, Erziehung nach Auschwitz, S. 682. In: ders., Kulturkritik und Gesellschaft I / II, Frankfurt 1977, S. 674 - 690.
- 6) Joachim Ziemann, Heinrich-Jürgen Lochmüller, Die Chronik des Corps Friso-Luneburgia, Köln 2004, S. 79.
- 7) Bloem, Fuchs, S. 184 ff. Zitiert nach Heither, Männer, S. 66.
- 8) Werner Lackner, Die Mensur. Der rituelle Zweikampf deutscher Studenten (http://olympia.burschenschaft.at/ged_mensur_text.htm Stand: 18.6.2008)
- 9) Lutz E. Finke, Gestatte mir Hochachtungsschluck. Bundesdeutschlands korporierte Elite, Hamburg 1963, S. 76.
- 10) Walter Bloem, Mein Leben. Unveröffentlichtes, maschinenschriftliches Manuskript, Fundort: Stadtarchiv Wuppertal. Nachlass Walter Bloem, Mappe 33, S. 44. Zitiert nach Heither, Männer, S. 70.
- 11) Lackner, Mensur.
- 12) Adorno, Erziehung, S. 682.
- 13) Ebd.
- 14) Centralblatt des Zofingervereins, 1905, S. 28. Zitiert nach Lynn Blattmann: „Laßt uns den Eid des neuen Bundes schwören ...“. Schweizerische Studentenverbindungen als Männerbünde 1870 - 1914, S. 134. In: Thomas Kühne (Hrsg.), Männergeschichte - Geschlechtergeschichte. Männlichkeiten im Wandel der Moderne, Frankfurt/Main / New York 1996, S. 119 - 135.
- 15) Deutsche Corpszeitung, Nr. 428 (1917). Zitiert nach: Finke, Hochachtungsschluck, S. 21.
- 16) Stephan Peters, Elite sein. Wie und für welche Gesellschaft sozialisiert eine studentische Korporation?, Marburg 2004, S. 219. Recherchen im Internet bestätigen die von Peters konstatierte Bedeutung der „Bierehere“. Zumindest teilweise scheinen die Korporationen ein recht seltsames Verständnis von Zwang zu haben. So heißt es z. B. auf der Internetseite der Burschenschaft Cimbria Nürnberg einerseits, es gebe „keinen Trinkzwang mehr“ und „Niemand darf gezwungen werden über seine Kräfte zu trinken!“. Andererseits steht auf der gleichen Seite im Bezug auf den „Bierverschleiß“: „Pauk [d.h. trinkt, d. Verf.] er sich aus diesem nicht heraus, wird er der Kneipe verwiesen und gesondert zur Rechenschaft gezogen.“ (Burschenschaft Cimbria Nürnberg 1913 e.V., Der Comment der Burschenschaft Cimbria, <http://cimbria-nuernberg.de/comment.htm> (Stand: 15.4.2007)).
- 17) Blattmann, Eid, S. 124.
- 18) Ebd., S. 126.
- 19) Ebd., S. 130.
- 20) Ebd.
- 21) Friedhelm Golücke, Studentenwörterbuch. Das akademische Leben von A bis Z, Graz / Wien / Köln 1987, S. 61.
- 22) Blattmann, Eid, S. 131.
- 23) Alexandra Kurth, Männer - Bünde - Rituale. Studentenverbindungen seit 1800, Frankfurt/Main / New York 2004, S. 110.
- 24) Heither, Männer, S. 73.
- 25) Walter Bloem, Der krasse Fuchs, Leipzig 1911 (Erstveröffentlichung 1906), S. 45. Zitiert nach Michael Lemling, Ja, ein Mann! Das wollte er werden... Marburger Studentenromane und -erzählungen, S. 56. In: Jörg Jochen Berns (Hrsg.), Marburg-Bilder. Eine Ansichtssache. Zeugnisse aus fünf Jahrhunderten, Bd. 2, Marburg 1996 (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 53), S. 53 - 68.
- 26) Peters, Elite, S. 213.
- 27) Lackner, Mensur.
- 28) Ebd.
- 29) Ebd.
- 30) Finke, Hochachtungsschluck, S. 68.
- 31) Deutsche Corpszeitung, Mai 1934. Zitiert nach Finke, Hochachtungsschluck, S. 99.





„GEDENKFEIER“ IN DER KA/EE

Ende April fand in den Räumlichkeiten der Kulturanthropologie Göttingen eine „Gedenkfeier“ anlässlich des 100. Geburtstages des Germanisten und Volkskundlers Kurt Ranke (1908-1985) statt. Ranke gilt als einer der bedeutendsten europäischen Erzählforscher. Er initiierte eines der bekanntesten ‚volkskundlichen‘ Großprojekte: die im Institut für KA/EE ansässige Enzyklopädie des Märchens (EM). Von 1960 bis 1973 hatte Ranke den entsprechenden Lehrstuhl der Volkskunde in Göttingen inne.

Die unter Schirmherrschaft der Akademie der Wissenschaften (AdW)¹ veranstaltete ‚Feierlichkeit‘ sollte laut Wilhelm Brednich² Ranke als Erzählforscher würdigen. Es nahmen unter anderem Mitarbeiter_innen der EM, Vertreter_innen der Akademie, eine Vertreterin des Instituts, ehemalige Doktorand_innen, Schüler_innen und Kolleg_innen Rankes, als auch Freund_innen und Angehörige teil.

Die folgenden Ausführungen basieren auf der Auswertung von Quellen des Berlin Document Centres / Bundesarchivs, Akten aus dem Stadtarchiv Göttingen, dem Text Harm-Peer Zimmermanns³, welcher nach Auskunft des Autors auch ausschließlich auf Berliner Bundesarchiv-Akten sowie auf publizierten Texten Rankes selbst basiert, zudem wurden Gespräche mit (unmittelbar) an der ‚Gedenkfeier‘ beteiligten, insbesondere Herrn Wilhelm Brednich, durchgeführt.

RANKE IM NATIONALSOZIALISMUS

Entgangen war den Ausrichtenden anscheinend die ‚braune‘ Vergangenheit Rankes⁴ im nationalsozialistischen Deutschland.

Bereits vor der Etablierung der NSDAP als herrschende Staatspartei trat Ranke im Frühjahr 1932 in diese ein. Im darauf folgenden Jahr begrüßte Ranke wie die übrigen Kieler Mitarbeiter Hitlers Machtantritt. Dann trat er zunächst der NSDAP aus, unmittelbar danach jedoch gleich wieder ein, die erlangte Hochschullaufbahn (1933 Promotion, 1938 Habilitation) wäre sonst wohl nicht möglich gewesen. Ranke war darüber hinaus frühzeitiges SA Mitglied und trug seine Uniform gerne auch auf dem Campus. Auf Einladung der nationalsozialistischen „Forschungsgemeinschaft Ahnenerbe“⁵ hielt der Altertums-Experte 1939 einen Vortrag⁶ auf der Jahrestagung, durch welchen er sich laut Zimmermann „vor den SS-Leuten auszuzeichnen versuchte“. Auch suchte Ranke selbst spätestens seit 1938 Kontakt zum SS-Ahnenerbe und lies sich von seinem Kieler Kollegen Otto Höfler⁷ empfehlen. Nach einem nicht näher erläuterten Disput zwischen Ranke und dem ‚SS-Ahnenerbe‘ näherte sich der Kieler Wissenschaftler spätestens ab 1940 dem „Amt Rosenberg“ an, der innenpolitischen ‚wissenschaftlich‘ konkurrierenden Institution des ‚Ahnenerbes‘. Alfred Rosenberg, einer der einflussreichsten NS-Ideologen, plante den Aufbau einer so genannten „Hohen Schule“ der NSDAP - auf Weisung Hitlers. Diese sollte als eine für den NS identitätsstiftende „NSDAP-Eliteuniversität“ die etablierten Universitäten verdrängen. Für einen der ersten acht Lehrstuhlbereiche, den der „Deutschen Volks- und Altertumskunde“, hatte er den langjährigen ‚Parteigenossen‘ Ranke als Leiter auserkoren; der Kieler Wissenschaftler sollte „Partei-Vordenker in volks- und altertumskundlichen Fragen werden“. Die vollständige Realisierung des Projekts scheiterte schließlich an kriegsbedingten Sparmaßnahmen. Als letzte den Akten zu entnehmende Angabe zu Rankes NS-Zeit bleibt eine 1944 (wahrscheinlich von Rosenberg persönlich) ausgestellte Liste der NSDAP-Reichsleitung mit 43 „Geisteswissenschaftlern“, die vom Militärdienst freigestellt werden sollten, zu nennen.

In Hinblick auf Rankes ‚wissenschaftliche‘ Arbeit zum Ende der 30er Jahre konstatiert Zimmermann: Er sei „wesentlich empirisch orientiert“ geblieben, missbrauche Quellen für vornherein



feststehende Lehrmeinungen weit weniger als setzender zu vorgenannte Otto Höfler, jedoch „verdammte Ranke pauschal die Paradigmen der westeuropäischen Wissenschaftstradition, insbesondere diejenigen der Aufklärung“, und betone stattdessen die „artgemäße“ Sicht auf „Volksleben“ und „germanische Kultur- und Geisteshaltung“. „Mit Logik und Verstand“ sei den „großen Erscheinungen germanischer“ Kultur „niemals beizukommen“; vielmehr sollten „intuitives Gefühl“, „Herzblut“ und „Aufgeschlossenheit für das Wesen unserer Ahnen“ in den Mittelpunkt treten, so der Kieler Germanist.

Diese gesamte Aufzählung ist lange bekannt und bedurfte keiner umfangreichen Erueierung.

Ranke in biographischen Darstellungen

Bemerkenswert ist auch, wie Rankes eindeutig antidemokratisches, konservativ-nationales-, aktives Wirken im NS in einschlägigen biographischen Darstellungen präsentiert wird. Hans-Jörg Uther, der als ausgewiesener Kenner Rankes Biographie gilt, Mitarbeiter der EM, verfasste die Ranke-Darstellung in der renommierten Neuen Deutschen Biographie (2003). Darin findet sich lediglich ein Satz zur ‚NS-Problematik‘: „Seit 1932 zwar Mitglied der NSDAP, hatte R. jedoch ‚sein wissenschaftliches Ethos ... nicht dem politischen Kalkül‘ geopfert“.⁸ Alle weiteren Zusammenhänge lässt Uther weg. Zimmermann relativiert zwar auch immer wieder das Wirken im Vergleich mit anderen Kollegen in Kiel als eher zurückhaltend, stellt aber auch an mehreren Stellen die „Verstrickungen im NS“ deutlich fest. Zitat Zimmermann:

„Aber auch Ranke gab sich einigen rassistischen Spekulationen hin, die wohl nicht als lediglich nebensächliche Zugeständnisse an die nationalsozialistische Machthaber abgetan werden können. So hielt er es für selbstverständlich, daß die ‚gestaltenden Kräfte‘ des Totenbrauchtums [der Germanen] aus einer ‚artgemäßen Einstellung‘, bzw. ‚aus einem völkisch und rassistisch gemeinsamen Urbesitz und Mutterboden‘ hervorgegangen seien. Er beschwor ‚die Ströme gleichen Blutes und Erbgutes‘, die zwischen Germanen eine ‚verstandesmäßig unfaßbare Übereinstimmung und Verbindung schaffen‘ würden.“ ... „Es wird hier darin ein grundlegender Irrtum Rankes auch in seinen Schriften sichtbar, der in seinem politisch-



organisatorischen Auftreten noch sehr viel deutlicher zutage trat, nämlich sein festes und unverbrüchliches Eintreten für den Nationalsozialismus.“ Und in Bezug auf Rankes fachliche Aktivitäten der Zeit: „Er glaubte offensichtlich, daß der ‚Bewegung‘ am besten durch sachliche Fleißarbeit zu dienen sei.“

Unter dem Stichwort „Ranke, Kurt“ findet sich die einige Jahre früher erschienene biographische Darstellung der EM zur Person (erschienen im Todesjahr `85), wiederum verfasst von Uther. In dieser taucht kein einziger Satz zur NS-Zeit auf!

Brednich sieht keine Problematik

Folgende Ausführungen wurden in einem ausführlichen Gespräch mit Vertreter_innen der Basisgruppe Kulturanthropologie, Basisgruppe Geschichte und Fachgruppe KA mit Wilhelm Brednich erörtert. Die Gruppen hatten Gesprächsbedarf bei Brednich angemeldet. Die Zitate stammen, wenn nicht anders gekennzeichnet aus diesem Gespräch.

Gleich zu Beginn der Veranstaltung verdeutlichte Brednich seine Position bezüglich Rankes NS-Vergangenheit, indem er argumentierte, Ranke hätte lediglich dem Zeitgeist der 30er Jahre Rechnung getragen und zudem nur eine „marginale Stellung“ eingenommen.

Er fährt im weiteren Verlauf mit der ‚Bagatellisierung‘ fort. Die SA-Mitgliedschaft zum Beispiel verharmlost Brednich, indem er angibt, Rankes Beziehung zur SA lasse sich auf das Tragen der Uniform zur Hochzeit reduzieren, wie es damals nicht unüblich gewesen sein soll.

Für Brednich gilt es als erwiesen, dass er kein Nationalsozialist gewesen sei, seine Einstellung habe ausschließlich der des Bürgertums der damaligen Zeit entsprochen. Wohin diese deutsche Normalität geführt hat, sollte man wissen und reflektieren; das gebietet sich umso mehr im wissenschaftlichen Umgang und vor allem im Vorhaben, im NS involvierte Wissenschaftler_innen als Persönlichkeiten zu würdigen. Brednich behauptet sogar im Frühwerk Rankes, also in den 30er und 40er Jahren, könne man bei tieferem Einblick höchstens noch ‚widerstandsähnliche, regimekritische Positionen‘, entdecken.

Für Brednich sei die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit des Fachs in diesem Falle gänzlich abgeschlossen. Schließlich läge bereits das Standardwerk zur Aufarbeitung der NS-Volkskunde⁹ vor. Wer dort nicht angesprochen sei, an dem könne man auch nichts auszusetzen haben. „Man habe mit dem Bösen im Fach abgerechnet“. Der Leiter der EM ist sich auch nicht zu schade, als Beleg für die ‚Unverfangenheit‘ anzuführen, dass sogar ein jüdischer Doktorand eine Grußformel zur ‚Feier‘ übermittelt habe.

Wir finden es äußerst bedauernswert, dass Brednich, anstatt Ranke unter Berücksichtigung der gesellschaftspolitischen Dimensionen zu beurteilen, sich lediglich auf Rankes vermeintlich unproblematisches Frühwerk zurückzieht und damit eine wissenschaftlichen Auseinandersetzung vermeidet.

Selbst nicht ‚primär ideologisch agierende‘ Wissenschaftler trugen zur Aufrechterhaltung und Stabilisierung des NS-Forschungs- und Lehrbetriebes bei und verschafften dem NS Legitimation und Renommee. Von einer selbstkritischen Auseinandersetzung Kurt Rankes mit seiner eigenen Rolle im NS ist im Übrigen nichts bekannt.

Öffentlichkeit bei Gedenkfeier unerwünscht

Die Basisgruppe Kulturanthropologie und die Basisgruppe Geschichte erfuhren nur durch Zufall von der nicht angekündigten und nicht öffentlichen Veranstaltung. Eine Bekanntmachung, üblicherweise auf der Homepage oder in den örtlichen Medien, blieb vom Veranstalter in diesem Fall aus, obwohl die AdW selbstverständlich ein Öffentlichkeitsreferat beherbergt. Auch die EM sah eine Mitteilung als nicht erforderlich an. Auf Anfrage des Instituts für KA/EE, in welchem Rahmen die Veranstaltung stattfinden solle und ob auch Student_innen teilnehmen könnten, reagierten weder AdW noch EM. Brednich sagte dazu, dass der engen Räumlichkeiten und der Anwesenheit Angehöriger Rankes wegen, der Rahmen ein privater gewesen sei.

Das Institut für KA/EE, das den Seminarraum zur Verfügung gestellt hatte, distanzierte sich auf Nachfrage, es sei „in Planung und Durchführung in keiner Weise involviert“ gewesen.

Brednich fordert Gedenktafel für Ranke

Zunächst war auch noch geplant, am ehemaligen Wohnhaus Rankes eine Gedenktafel zu enthüllen. Diesen vermeintlichen Höhepunkt konnten die Teilnehmer_innen jedoch nicht verwirklichen, da die Stadt Göttingen den Antrag Brednichts ausdrücklich wegen dessen NS-Vergangenheit im Vorfeld bereits abgelehnt hatte. Dabei hatte Brednich in dem dreiseitigen Antrag die Verdienste Rankes ausführlichst dargelegt. Lediglich die zuvor geschilderten Erkenntnisse zum Verhalten im NS vermisst man...

Zu allem Überfluss führt der Antragsteller auch noch einen Vergleich mit dem ehemaligen Lehrstuhlinhaber Will-Erich Peuckert (1946-60) an, dem 1935 von den Nationalsozialisten die Lehr- und Schreiberlaubnis entzogen worden war. Habe dieser doch schließlich auch zu seinem 100. Geburtstag eine Tafel bekommen.

Aber ‚gedenkfeiern‘ lässt es sich ja auch ohne Tafel. Laut Brednich habe Ranke in Göttingen unberechtigterweise keine „Lobby“; so habe der „richtige Nazi“ (Brednich) und Pädagoge Heinrich Roth im März ja auch eine Tafel bekommen und wenn dieser eine bekäme, verdiene Ranke schon lange eine...Die wochenlang andauernde öffentliche Diskussion um die Ehrung Roths scheint den Veranstalter_innen also nicht entgangen zu sein. Auch ein möglicher Grund für eine zurückhaltende Informationspolitik bezüglich Ranke...

Ranke als ‚Opfer‘

Im Gespräch mit Brednich führte dieser auch die angebliche ‚Opferrolle‘ Rankes aus. So habe dieser erst die für jeden „aufrechten“ Forscher schwierige Zeit des NS durchstehen müssen, sei danach „für seine anständige Forschung“ auch noch durch ein schwerwiegendes Entnazifizierungsverfahren gegangen und habe dann noch einige Jahre warten müssen, bis ihm die gebührende Stellung der außerordentlichen Professur endlich zu Teil geworden war. Die lange Zeit bis mindestens Mitte der Fünfziger Jahre sei sowohl finanziell als auch psychisch sehr hart gewesen (Brednich: „Den hat man hart bestraft“), eine geregelte Forschertätigkeit sei nicht möglich gewesen. An diesen Ausführungen wird deutlich, wie einmal mehr ‚Opferhierarchien‘ konstruiert werden.

Vielleicht fehle uns (den Verfasser_innen dieses Textes) aber auch einfach die Wissenschaftlichkeit, die Erfahrung oder auch das „Generationen-Verständnis“, stellt Brednich lapidar fest. Immerhin



hätten wir ihn nicht persönlich gekannt und „mit ihm bis zu seinem Tode persönlichen und freundschaftlichen Umgang“ gepflegt.

Zum Wirken Wilhelm Brednichts in diesem Fall:

Brednich selbst forderte und forcierte vor allem in den 80ern immer wieder die Aufarbeitung der NS-Fachgeschichte. Nun scheint diese unbequem geworden zu sein...

Wer in solch einem Kontext forscht, dabei aber jegliche Reflektion vermeidet, das Gedenken (Ehrung) der Person Ranke in den Mittelpunkt stellt, das Erinnern an die Verwicklung im NS als lästiges, längst überholtes Beiwerk ansieht und es als „dem Zeitgeist geschuldet“ tituliert, leistet seinen Beitrag zum Vergessen und zum Revisionismus - egal aus welcher abwegigen Motivation heraus. Rankes Wirken im Nationalsozialismus war den Veranstalter_innen bekannt, weshalb nicht von einem bedauerlich fahrlässigen Umgang, sondern von einem bewussten Verschweigen zugunsten der ‚herausragenden und schillernden Persönlichkeit‘ Rankes auszugehen ist.

Es ist anzunehmen, dass dem gänzlich uneinsichtigen Verhalten der EM-Leitung die Furcht zugrunde liegt, das laufende Großprojekt EM, dessen Leitung Brednich von Ranke übernommen hatte, könne in ihrer wissenschaftlichen und öffentlichen Wahrnehmung an Reputation verlieren.

Dazu bleibt festzustellen: Zurecht.

In diesem Sinne: **RANKE – NEIN DANKE !**

Basisgruppe Kulturanthropologie
bg-kaee@gmx.net

1) EM seit 1980 Teil der AdW

2) Leiter EM, Nachfolgeprofessur Rankes. Jedem_r KA/EE Student_in durch das Standard-Einführungswerk bekannt.

3) Vom Schlaf der Vernunft. Deutsche Volkskunde an der Kieler Universität 1933-1945. In: Hans-Werner Prahl (Hrsg.): Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus, Bd. 1, Kiel 1995, S. 171-274.

4) Von den an der 'Feier' Teilnehmenden liebevoll „Papa Ranke“ genannt.

5) U.a. von Himmler gegründet, erforscht zunächst „germanische Vorgeschichte“ und „Deutsche Volkskunde“, später „kriegsbedingte Zweckforschung“; gilt als das „kulturpolit. Steuerungs- und Gleichschaltungsinstrument der SS“. Vgl. Auerbach: Ahnenerbe e.V., Forschungsgemeinschaft. In: Benz u.a.: Enzyklopädie des Nationalsozialismus.

6) Titel: „Die Toten im Recht und Brauch der Lebenden“.

7) Ein für den NS sehr bedeutender 'völkischer Vorzeigvolkskundler'. Ranke stand spätestens seit 1934 unter erheblichem „Einfluß“ Höflers und „konterkarierte mehr und mehr seine eigenen sachlich-empirischen Positionen“ (Zimmermann).

8) Diesen einen Satz zitiert Uther kontextlos aus dem Zimmermann-Aufsatz, ohne Beachtung kritischer Passagen.

9) Jacobeit u.a.: Völkische Wissenschaft, 1994.

Quellen, u.a.:

Berlin Document Centre Akten zu Ranke (Stadtarchiv Göttingen)

Harm-Peer Zimmermann:
Vom Schlaf der Vernunft. Deutsche Volkskunde an der Kieler Universität 1933-1945. In: Hans-Werner Prahl (Hrsg.): Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus, Bd. 1, Kiel 1995, S. 171-274.

Neue Deutsche Biographie

Enzyklopädie des Märchens

Wolfgang Benz u.a.: Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München 1998.

Gespräche mit Beteiligten



Freiraum eröffnet!

Kämpfe um selbstorganisierten Raum erfolgreich

Nachdem Verhandlungen mit der Uni-Leitung lange Zeit erfolglos blieben, besetzten im Januar Studierende den Raum MZG1140 im ZHG. Nachdem zwei Wochen ständig starker Betrieb mit teilweise über 50 Menschen in dem Raum herrschte, zeigte die Uni-Leitung Härte und lies den Raum polizeilich räumen. Nachdem die Proteste mit einer Spontandemo und weiteren Aktionen weiter liefen, lenkte die Uni-Leitung schließlich ein und erklärte sich bereit einen anderen Raum zur Verfügung zu stellen.¹

Nun ist es so weit: Nach längerem hin- und her über die Modalitäten des Nutzungsvertrages konnte der Raum am 27. Juni, 2 Monate später als vereinbart, endlich bezogen werden. Der ca. 50m² große Raum befindet sich jetzt in fester Hand aller Nutzer_innen und kann von allen Interessierten gestaltet und genutzt werden. In gemütlicher Atmosphäre kann dort jede_r einen Gratis-Kaffee genießen, zusammen lernen, plaudern oder einfach nur herum sitzen. Den Raum findet mensch im Erdgeschoss des Blauen Turms hinter dem Hausmeister-Häuschen links (hinter den Kopierern). Noch ist nicht alles fertig eingerichtet, jede_r der möchte kann sich daran beteiligen.

Die Nutzer_innen laden außerdem zum (vorerst) wöchentlichen offenen Nutzer_innen-Plenum jeden Freitag um 16 Uhr im Raum ein. Dort können Fragen zu Organisation, Einrichtung und Umgang miteinander im Raum diskutiert werden. Auch nach einen passenden Namen wird noch gesucht.

Die Auseinandersetzungen um den Raum und das Ergebnis zeigen einmal mehr, dass studentische Kämpfe durchaus noch in der Lage sind, die Bedingungen an der Uni zu verändern. Ein gezieltes Übertreten von Regeln und ein bewusster Einsatz militanter Praxis konnten recht schnell Bewegung in einen Prozess bringen, der auf dem regelkonformen Verhandlungsweg sich keinen Millimeter zu bewegen schien.

Wer also zwischen Seminar und Vorlesung im alltäglichen Uni-Stress mal einen Ruhepunkt braucht, die_der findet dort einen selbstorganisierten Ort, in dem selbst bestimmt werden kann, wie und in welchem Ambiente mensch sich dort aufhalten möchte. Kommt doch einfach mal vorbei!

info@bb-goettingen.de

1) Wir berichteten ausführlich in der letzten BB-Zeitung, <http://www.bb-goettingen.de/1072>

Analyse +++ Kritik +++ Aktion
www.bb-goettingen.de
Organisiert euch! Kommt zum BB:
Treffen: Jeden Donnerstag 20:00h
vor dem Rosa Luxemburg Haus
(‘ASTA-Gebäude’ - Götterstr. 16a)